

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 297.

Dienstag, den 20. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## Sturmzeichen.

Unser Dortmunder Bruderblatt schreibt:

Und wenn die Welt voll Teufel wär  
Und wollt uns gar verschlingen,  
So fürchten wir uns nicht so sehr:  
Es muß uns doch gelingen!

Als wir vor einigen Wochen an dieser Stelle dem wiederzusammentretenden Reichstage unsern Willkommen grüß darboten, da schrieben wir u. a. das Folgende:

Die herrschenden Parteien und die Regierung fürchten die Wahlabrechnung mit dem allem, und da versuchen sie es nach dem altbewährten Gauner-Rezept wieder einmal mit dem Rufe: „Haltet den Dieb!“ Das heißt: sie bemühen sich, die Augen der Massen abzulenken von ihren Schandtaten, die Aufmerksamkeit des Volkes auf irgend einen anderen Gegenstand zu konzentrieren. Und da auf den Kolonialrummel, nach der bitteren Erfahrung von 1906/07, die Massen schwerlich so bald noch einmal hereinfallen werden, da auch der Kriegs- und Militärrummel nach den Ergebnissen von 1887 und 1893 stark abgebraucht erschienen, so versucht man es, nach dem Bismarckschen Vorbild von 1878, halt wieder einmal mit dem — Sozialistenfurchen! Vor dem Philister soll diesmal nicht der schwarz-weißrote Patriotenlappen geschwungen werden, um ihn in nationale Raserei zu versetzen, sondern der rote Lappen, um ihn in eine wilde Umsturzangst hineinzuschrecken, in einen pathologischen Zustand, in dem er dann erhöhte Zigarettenpreise und erhöhte Bierpreise, in dem er erhöhte Kaffee- und Zündholzpreise, in dem er Fleischwucher, Gottesgnadenrede, Zivilliste, kurz — alles, alles vergißt, um sich der ihr vor dem Umsturz tretenden Reaktion in die Arme zu werfen! Das ist die Melodie, die im Wahlkampf des nächsten Jahres gespielt werden soll und auf den Ton dieser Melodie werden auch ohne Zweifel die ganzen Reichstagsdebatten des kommenden Winters abgestimmt sein.

Die jetzt zu Ende gegangene Generaldebatte über den Etat hat gezeigt, wie recht wir mit dieser Prophezeiung hatten; und die Etatdebatte selbst war in dieser Hinsicht nur die Fortsetzung der Debatten über die Kaiserreden. Durch die eine wie durch die andere Diskussion zog sich wie ein roter Faden der Scharfmacherruf hindurch: Nieder mit der Sozialdemokratie! Und dieser Ruf, den Herr von Heydebrand, Preußens „ungekrönter König“, ausgab, den das Instrument Heydebrands, Herr von Bethmann-Hollweg, in stets gehorsamer Dienstmäßigkeit alsbald aufnahm, er pflanzte sich fort durch die Spalten der gesamten Reaktionspresse, von der „Kreuzzeitung“, der „Post“, dem frommen Pastorenblatt „Reichsboten“ an bis hinab zum kleinsten Kreisblattchen. Und auch in den Verammlungen der Reaktion wird die Parole ausgenommen: die konservativen Parteitage in Gießen, in Herford, in Stuttgart stimmen in sie ein, und vor den Studenten in Halle a. S. brüllt der Sausschauer etwas vom „Durchhauen des gordischen Knoten“ und erklärt, jetzt müsse es „zum Klappen kommen“. Und auch die Justizbehörden schwenken auf die Reaktionsparole ein wie eine Schar gut gedrückter Rekruten: eine vor mehr als einem Vierteljahr vor den feindlichen Thron der Polizei gehaltene und dann monatelang in Tausenden von Exemplaren im Druck verbreitete und völlig unbeansprucht gebliebene Rede des Genossen Hermann Wendel wird — kaum daß Herr von Heydebrand im Reichstage auf Grund einer niederträchtigen Fälschung das verlangt hat — wegen Aufforderung zum Hochverrat und wegen Majestätsbeleidigung konfisziert und der Redner wird unter Anklage gestellt. Und so weiter — und so weiter!

Das Volk fordert ein freies Wahlrecht. Was antwortet die Reaktion? Nieder mit der Sozialdemokratie! Die Millionenstimmig fordern die Massen Befreiung des „Gottesgnadentums“, dieses Spuks aus längst verschollenen Zeiten, der wie ein Gespenst umgeht im hellen Tageslichte des zwanzigsten Jahrhunderts, sie fordern Verweigerung Wilhelms II. in konstitutionelle Schranken — eine Forderung, die noch vor zwei Jahren von allen Parteien ohne Ausnahme, auch von den Konservativen, als „nationale Notwendigkeit“ bezeichnet wurde. Jetzt kennt der ganze Chorus auf diese Forderung nur die eine Antwort: Nieder mit der Sozialdemokratie! Das Volk verlangt Befreiung des politischen Schreckenregiments, das sich eben erst wieder in Moabit in seiner ganzen Fürchterlichkeit offenbart hat. Was ist die Antwort? Dekorierung der Schulleute durch Wilhelm II., ihre rückhaltlose Belobigung durch Bethmann-Hollweg in offener Reichstagsitzung, ein unerhörter Eingriff des höchsten Reichsbeamten in ein schwebendes Gerichtsverfahren — und das alles überhört von dem heiseren Krächzen: Nieder mit der Sozialdemokratie! Das Volk verlangt fürmlich billiges Brot und billiges Fleisch. Was antwortet die Reaktion? Es gibt keine Fleischnot — es fällt uns nicht ein, die Grenzen zu öffnen: Nieder mit der Sozialdemokratie!

Dieses mißtönende Geheul: „Nieder mit der Sozialdemokratie“ ist das A und O der herrschenden Politik geworden. Diese Sippschaft weiß nicht mehr ein und aus — sie fürchtet die vernichtende Abrechnung der nächsten Wahlen — die Sünden ihrer volksverräterischen Schandpolitik schreien zum Himmel: da sieht sie in dem blöden Umsturzerheul ihre letzte Rettung und hofft, daß der Philister auf dieses wüste Geschrei bei den Wahlen von 1911 ebenso hereinfallen werde, wie er anno 1906-07 auf den nicht minder blöden Kolonialrummel hereingefallen ist.

Eine Periode verschärften Kampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung beginnt. Zwar nicht durch ein formelles, wohl aber durch ein tatsächliches Ausnahmegesetz will man diesmal der in der Sozialdemokratie zusammengeflochtenen größten Kulturbewegung aller Zeiten den Garaus machen. Das Programm der „Umsturz“-bekämpfung, das Herr von Heydebrand am 26. November im Reichstag und ein paar Tage darauf ausführlicher in der „Kreuzzeitung“ entwickelte, hat der Reichskanzler restlos übernommen! Und welches sind die Gesetze, die die Sehnsucht nach einem neuen Sozialistengesetz stillen sollen, ohne daß der Welt das schmachvolle Schauspiel einer neuen Ausnahmegesetzgebung geboten wird? Auch das hat der Reichskanzler mit dankenswerter Offenheit enthüllt. Es handelt sich um dreierlei: Erstens um die Rückwärtsrevidierung der Strafprozessordnung. Das Verfahren von heute ist dem Reichskanzler zu langsam, zu weitsäufig und zu öffentlich. Das Verteidigungsrecht der Angeklagten soll beschnitten, die Öffentlichkeit soll beschränkt werden. Damit werden auch die Wünsche des „Reichsboten“, der für die Moabiter Angeklagten ein standgerichtliches Verfahren fordert, in der Hauptsache erfüllt.

Zweitens handelt es sich um die Rückwärtsrevidierung des Strafgesetzbuches. Die Bestrafung der sogenannten „Aufwiegelung“, der „Beherrschung begangener Verbrechen“, besserer Schutz der sogenannten „persönlichen Freiheit“ und des „persönlichen Selbstbestimmungsrechts“. Die Phrasen kommentiert die „Post“ also: „Die Ankündigung der Schutzgesetzgebung gegen die Sozialdemokratie, vor allen Dingen des Arbeitswilligengesetzes, wird in allen Kreisen des deutschen Vaterlandes, die ruhige wirtschaftliche Fortschritte wünschen, mit Freude und Dankbarkeit aufgenommen werden.“ Eine Kombination von Zucht- hausgesetz und Umsturzvorlage soll also das neue Schandgesetz werden!

Entlich soll auch die Reichsversicherungsordnung rückwärts revidiert werden. Vernichtung des Arbeiter-selbstverwaltungsrechts in den Krankenkassen durch die bekannten „Hälftelungs“-vorschläge der Regierung.

So droht dem nach Freiheit und Brot, nach Anteilnahme an Erdenpracht und Kulturgenuß, hungernden Proletariat neue schwere Verfolgung auf der ganzen Linie! Set es drum! Im Kampf ist die Sozialdemokratie geboren, im Kampf ist sie groß geworden und erstarkt, und sehr wohl weiß sie, daß sie nur im Kampf liegen kann. Wir stehen gegen eine Welt von Feinden! Aber jede Verfolgung wird den eisernen Reif um das Heer der Enterteten nur desto fester zusammenschweißen! Das Blut der Märtyrer ist noch von jeder der beste Same für reiche Zukunftsernte gewesen, und stets noch sind aus den Gebeinen der freventlich Erschlagenen kühne Kämpfer ohne Zahl entstanden. Schrecken denn die Spuren des alten Sozialistengesetzes, das vor den geplanten drei neuen Sozialistengesetzen wenigstens den Vorzug brutaler Offenheit voraus hatte, die Herrschenden nicht? Nicht wir! Wie heißt es doch im Lied von jenem alten Ausnahme-gesetz?

Als ihr in euerem finstren Haffe  
Das drohende Gesetz erdacht,  
Das uns zu Deutschen zweiter Klasse  
Mit einem Federstrich gemacht —  
Da ward gefühlt und eingesehen  
Von allen ohne Unterschied:  
Hier können wir nur widerstehen  
In Reih und Glied.

Und als nach langen, schweren Wochen  
In denen keiner fertig geblieb,  
Das finstre Wetter losgebrochen,  
Das drohend über uns geschwebt,  
Als laue Freunde ab sich wandten,  
Als die Gedächten man mied:  
Da haben manhaft wir gestanden  
In Reih und Glied.

Sowohl in Reih und Glied haben unsere wackeren Vorkämpfer dem schuftigen Schandgesetz von 1878 widerstanden! Und in Reih und Glied zwölf Jahre unerhörtlich ringend, haben sie es schließlich niedergezungen und

seinen Urheber zu Boden gestreckt. Das vermochte in jenen Zeiten ein schwaches Häuflein von Sozialdemokraten gegen einen Bismarck und die Fülle seiner brutaleren Gewaltmittel! Und heute sollte sich die mächtige, wohlorganisierte und wohldisziplinierte Dreimilionspartei vor einem Kerlchen wie — Bethmann-Hollweg fürchten? Da war denn doch der Bismarck von ganz anderem Kaliber! Diesmal würde ein Ausnahmegesetz (und wenn's dreie sind!) nicht zwölf Jahre bestehen bleiben, und unter seinen Trümmern würde es vielleicht noch ganz andere Dinge begraben, als bloß so ein armseliges deutsches Kanzlerlein.

In Reih und Glied, in geschlossener Front, eng zusammengeschießt durch das einigende Band proletarischer Not und proletarischer Ideale, allen inneren Hader zurückstellend, wird die Sozialdemokratie den ihr vom Reichskanzler angebotenen Kampf aufnehmen. Der Fehdehandschuh ist uns hingemworfen — nun wohl: wir sind bereit! Will der edle Herr mit uns ein Tänzelein wagen — und er hat gesagt, daß er's wagen will: schön — so soll ihm aufgespielt werden! Stolz im unerschütterlichen Bewußtsein unseres Rechts und unseres Sieges rufen wir der ganzen Kohorte unserer Ögner Ferdinand Freiligraths, des Unvergeßlichen, Trugwort entgegen:

Nur was zerfällt, vertretet ihr,  
Seid Raketen nur, trotz alledem!  
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,  
Sind ewig drum, trotz alledem!  
Trotz alledem und alledem!  
So kommt denn an — trotz alledem!  
Ihr hemmt uns — doch ihr zwingt uns nicht!  
Unser die Welt trotz alledem!

## Politische Rundschau

Deutschland.

### Arbeitskammer und Arbeitersekretäre.

Im „Reichsboten“ blüht ein Mitarbeiter wieder stark in das Feuer, das die Sozialdemokraten schmoren und braten soll. Der Mitarbeiter verlangt natürlich auch, daß die Regierung in keinerlei Weise mehr den Sozialdemokraten entgegenkommt. Unter solchem Entgegenkommen versteht er selbstverständlich auch die Respektierung der Rechte der Arbeiter. So verlangt er, daß in der Versicherungsordnung radikal mit der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Kassen ein Ende gemacht wird und daß die Regierung unter keinen Umständen auf die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre zu den Arbeitskammern eingeht.

Wunderbarerweise tritt der „Reichsbote“ seinem Mitarbeiter hinsichtlich der letzteren Forderung entgegen. Er schreibt:

Dagegen erscheint uns die Ablehnung der Arbeitersekretäre für die Arbeitskammern bedenklich, weil die Arbeiter diese Maßregel als eine Schädigung ihrer Interessen ansehen werden, zumal es den Arbeitgeberern gestattet sein soll, ihre Beamten als ihre Vertreter in die Kammern zu schicken. Die einfachen Arbeiter werden sich denselben in sachlicher und dialektischer Gewandtheit nicht gewachsen sehen, während das bei ihren Sekretären der Fall wäre. Wir haben neulich schon bemerkt, daß die Sekretäre, wenn sie ausgeschlossen werden, dann ihren Einfluß auf die in der Kammer befindlichen Arbeiter und dadurch auf die Kammer erst recht geltend machen werden.

Diesen relativ vernünftigen Ausführungen hängt nun freilich der „Reichsbote“ um es nicht so sehr bei den Konservativen zu verschütten, die Forderung an, die Sozialdemokratie mehr in den Redaktionen der sozialdemokratischen Presse und in den „Hegern“, die hinter den Kulissen arbeiten, zu treffen. Bei denen soll man den Hebel einsetzen, wenn man die Sozialdemokratie bekämpfen will.

### Der Reichskanzler und die Staatsarbeiter.

Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände hat am 23. September eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, die die Gründung des Kartells anzeigt und um Aufbesserung der Löhne ersucht. Fast drei Monate später hat der Reichskanzler diesen — natürlich durchaus national gesinnten — Arbeitern folgende kühle, vom 11. Dezember datierte Antwort zugehen lassen:

Von der Gründung des Kartells deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände habe ich Kenntnis genommen. Ich spreche die zuversichtliche Erwartung aus, daß das Kartell getreu seinen Satzungen, sich die Pflege nationaler und vaterländischer Gesinnung angelegen sein läßt.

Zu der mir gleichzeitig überreichten Resolution um Herbeiführung einer allgemeinen Lohn-erhöhung Stellung zu nehmen, bin ich nicht in der Lage. Für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses der Reichsarbeiter sind zunächst die einzelnen Fachbehörden und für die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Staatsarbeiter sind die Bundesstaaten, nicht das Reich zuständig.

Ich muß es aus diesem Grunde den einzelnen, in dem Kartell vertretenen Verbänden überlassen, sich wegen etwaiger Wünsche an die zuständigen Behörden des Reiches oder der Bundesstaaten zu wenden."

Wenn der Reichskanzler zu den Agrariern etwa im deutschen Landwirtschaftsrat oder sonst einem agrarischen Konventikel spricht, dann findet er wesentlich wärmere Töne; obwohl er auch nicht zuständig für die einzelnen Wünsche der Agrarier ist, nimmt er keinen Anstand, deren Erfüllung begeistertem Wohlwollen zu verhelfen.

### Der Gottesbeweis des Kaisers.

Der in Alttötting erscheinende Alttöttinger Liebesbote, ein Sonntags erscheinendes Blatt, bringt eine Mitteilung, die der Benediktinerabt von Beuron, der in Alttötting zu Besuch war, über eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser gemacht hat. Dieser habe ihm erzählt, wie er einst einem freidenkerischen protestantischen Theologen einen Gottesbeweis geliefert habe. Fast eine Stunde habe der Kaiser dem Professor zugehört, der sich plagte, zu beweisen, daß Christus nicht Gott gewesen sei. Als er geendet, fragte ihn der Kaiser: „Herr Professor, haben Sie schon einmal zu Ihren Schülern gesagt: „Ich bin der Weinstock und ihr seid die Reben?“ „Nein, Majestät!“ „Glauben Sie, daß vor Ihnen schon ein Professor so gefragt hat?“ „Nein, Majestät!“ „Werden künftig die Professoren ihre Schüler so antreden?“ „Sicherlich nicht!“ „Gut, Herr Professor!“ habe der Kaiser geschlossen. „Weil also kein Lehrer so sprechen kann und sprechen wird, wie Christus gesprochen hat, darum glaube ich, daß Christus nicht bloß Mensch, sondern auch wahrer Gott ist!“

Das Beispiel vom Weinstock und den Reben hat der Kaiser schon einmal angewandt; er trug es in seinem vollen Wortlaut in die Bibel ein, die in der protestantischen Garnisonskirche in Straßburg ausliegt. Der Bibeltext lautet: „Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht, denn ohne mich könnt ihr nichts tun“.

### Der Kriegsminister und die Jugendwehr.

Unjere Staatserhaltenden zerbrechen sich die Köpfe, wie sie die Jugend „national“ erziehen können. Die Aufklärung der Jugend, wie sie in den Reihen der Arbeiter immer erfreulichere Fortschritte macht, erfüllt sie mit Entsetzen und Parlamentarier, Behörden, Schulorgane und andere mehr oder weniger Berufene suchen nach Mitteln, das Volk in der alten Gedankelosigkeit und geistigen Abhängigkeit zu erhalten. Der preussische Landtagsabgeordnete v. Schenkendorf hat dem Kriegsminister neuerdings eine Denkschrift über die Erziehung der Jugend im nationalen Sinne eingereicht und darin hauptsächlich für Jugendwehren und Jugendmilitien plädiert. Der Kriegsminister, der sich ja kürzlich selbst für eine starke Beeinflussung der Jugend vor dem Militärdienst ausgesprochen, nimmt mit lauerlicher Miene zu den Plänen des Herrn v. Schenkendorf Stellung. Er kommt schließlich zu dem Schluß, daß, soweit auf Erziehen und Schießen in dem Abzugsplane ein Hauptwert gelegt wird, sich diese Ausbildung für militärische Zwecke weniger nützlich erweisen würde. Solche Jugendziehung hätte eher Angewöhnung von Fehlern, oberflächliche Dienstauffassung und Besserwissen zur Folge. Der Kriegsminister möchte die nationale Erziehung mehr im allgemeinen Rahmen der Körperpflege, Turnen usw. geleitet sehen.

### Gegen die Fleischteuerung.

Der gemeinsame Landtag der Herzogtümer Koburg und Gotha hat mit 22, gegen 5 Stimmen der Agrarier, beschlossen, die Regierung zu ersuchen, auf eine Öffnung der Reichsgrenzen zum Zwecke der Vieh- und Fleischzufuhr hinzuwirken.

### Zentrum und Arbeitskammer.

In einer Boiemik gegen die „Freisinnige Zeitung“ versichert die „Germania“ vom 17. Dezember:

„Auf die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre wird das Zentrum jedenfalls nicht verzichten. Ob sich eine das Zentrum zufriedensstellende andere Fassung finden wird, müssen wir abwarten. Der Staatssekretär sprach davon, daß man ja später, wenn das Gesetz die erhoffte, friedliche Wirkung gehabt, vielleicht einmal den Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aufgeben könne. Diese, zudem noch sehr unbestimmte Zusage kann das Zentrum schwerlich befriedigen.“

Große Bestimmtheit spricht nicht aus dieser Erklärung, sie sieht einer Vorbereitung zum Umfall vorzweifelhaft ähnlich.

### Zentrumsarbeiter gegen Koeren.

S. Beckingen war das Zentrumskomitee des Wahlkreises Saarburg-Merzig-Saarlouis zusammengetreten, um den Reichstagskandidaten zu nominieren. Als der Vorsitzende den leibhaftigen Abgeordneten Koeren vorschlug, erhob ein Komiteemitglied namens der Arbeiterschaft hiergegen Protest. „Die Arbeiterschaft lehne es ab, für Koeren zu stimmen, weil er noch nichts für die Arbeiter geleistet habe. Es liege außer Frage, daß bei der Aufstellung Koerens die in Frage kommende 14.000 Köpfe starke Arbeiterschaft zum großen Teil ins rote Lager abzuweichen.“ Angesichts dieser Sachlage konnte das Wahlkomitee sich nicht dazu verstehen, den Kandidaten zu nominieren. Es soll zunächst Koeren Gelegenheit gegeben werden, in öffentlicher Versammlung zu der Sache Stellung zu nehmen.

Der Kreis ist früher Zentrumsbefehl. 1907 hatte Koeren 28.653 von 33.580 (87,7 Prozent der Wahlberechtigten) abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ein Sozialdemokrat 408 und ein sogenannter nationaler Katholik v. Boch 448 Stimmen.

### Die geistliche Intoleranz.

zeigt sich wieder einmal bei einem Vorfall, der sich in Gagan abgepielt hat. Vor einiger Zeit wurde auf dem dortigen Kirchhof ein alter Parteinestee herbeigeführt. Auf Wunsch des Verstorbenen und mit Genehmigung des Gagan Bürgermeisters hielt der Parteisekretär Genosse Stolpe-Söllig eine Grabrede. Der evangelischen Geistlichkeit sagte das nicht und sie verlangte vom Magistrat ein Verbot von Leichenreden auf dem Friedhofe. Der Magistrat verbotete daraufhin der

Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Antrag. In der Stadtverordnetenversammlung meinte selbst ein bürgerlicher Stadtverordneter, die Rede des Genossen Stolpe habe durchaus nichts Unstößiges enthalten und niemandem verlegt. Der Antrag wurde mit 21 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Darüber sind nun die Geistlichen ganz aus dem Häuschen geraten. Sie beriefen eine Protestversammlung ein, in der sie scharf gegen die Stadtverordneten zu Felde zogen. Das veranlaßte 18 Stadtverordnete, der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu unterbreiten, in dem sie forderten, die Stadtverordnetenversammlung solle gegen die Angriffe der Geistlichen Stellung nehmen. Wie von den in der Protestversammlung anwesenden Stadtverordneten festgestellt wurde, haben die Geistlichen folgende Ausdrücke gebraucht:

„Solche Männer (die Stadtverordneten, die den Magistratsantrag abgelehnt haben) sind eine Gefahr für die evangelische Kirche, sie sind auf die christentumsfeindliche Seite getreten und schlimmer als die Gegner der Kirche.“ „Sie müssen wie Spreu im Winde wegweht werden.“

Die Versammlung (gemeint ist die Stadtverordneten-Versammlung) habe sich bei früheren Beschlüssen lächerlich gemacht und den Eindruck erweckt, als tage die Versammlung auf dem Vierbänkel.“

In der letzten Stadtverordnetenversammlung, der nebenbei bemerkt, kein Sozialdemokrat angehört, unterbreitete der Vorsitzende nach Abgabe einer kurzen Erklärung eine Resolution, in der u. a. die Äußerungen in der geistlichen Protestversammlung als ungehörig und verlegend bezeichnet und auf das Entschiedenste zurückgewiesen wurden. Diese Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Die Geistlichen lassen sich aber dadurch nicht verblüffen. Sie sammeln jetzt mit großem Eifer Unterzeichnungen für eine Petition; die sie wahrscheinlich an die Regierung schicken wollen. Bis jetzt haben sie nur das eine erreicht, daß die Reihen der Freidenker sich außerordentlich stärken und die Zahl der Kirchenaustritte in den letzten Tagen auf 50 gestiegen ist.

### Der Landrat als Wahlmacher.

Aus dem Wahlkreis Olegko-Lyck wird dem „Berliner Tageblatt“ ein Erlaß mitgeteilt, den ein früherer Landrat dieses Kreises, ein Herr v. Brandt, hinausgegeben hat. Das Schriftstück lautet:

„Es ist mit allen gesetzlichen Mitteln — und diese sind, geschieht bezeugt, sehr mannigfaltig — dahin zu streben, Ihren ganzen Einfluß zur Erzielung konservativer Wahlen geltend zu machen. Es kommt darauf an, daß nur solche Männer Wahlmänner werden, auf deren Stimme im obigen Sinne gerechnet werden kann, und deshalb wird darauf zu wirken sein, daß so viel wie möglich Schulzen, Schankinhaber, Gendarmen, Steuererheber und Exekutoren bei der Wahl als Wahlmänner hervorgehen. Sobald die Wahlmänner Ihnen bekannt sind, haben Sie dieselben mit dem konservativen Kandidaten bekannt zu machen resp. durch die Gendarmen bekannt machen zu lassen, auch mir vor der Wahl eine Liste derjenigen Wahlmänner einzureichen, auf welche die Regierung mit Sicherheit rechnen darf. Gerade die Wahl gibt eine geeignete Gelegenheit, über den Einfluß zu urteilen, welche Sie durch Ihre Verwaltung sich in Ihrem Bezirk erworben haben. Nach den bisherigen Resultaten zu schließen, darf ich mich mit Zuversicht der Hoffnung auf einen guten Ausgang der Wahlen hingeben.“

Ich glaube es nicht hinzuzufügen zu dürfen, daß diese Anordnung im vertraulichen Sinne geschieht.“

Wenn dieser Erlaß auch in die Periode der preussischen Reaktionszeit fällt, so ist er doch heute noch geeignet, ein Schlaglicht auf die Tätigkeit der preussischen Landräte zu werfen. Heute wird natürlich kein Landrat mehr einen Erlaß in dieser Form hinausgeben, es stehen ihm ganz andere Mittel zur Verfügung, und daß er diese zu benutzen weiß, das haben die Wahlen in Olegko-Lyck und in Labiau-Wehlau klärlieh bewiesen.

### Noch eine Nachwahl in Ostpreußen.

Der dem Zentrum angehörige Reichstagsabgeordnete Hirschberg, Erzpriester in Wartenberg, ist am Montag dort gestorben. Der Verstorbene vertrat den Wahlkreis Allenstein-Rößel seit dem Jahre 1903. Der Kreis ist dem Zentrum sicher; es erhielten bei der letzten Wahl Stimmen: Zentrum 12.944, Polen 5380, Nationalliberale 3133 und die Sozialdemokraten 76.

### Der General als Säbelraupler.

General v. Deimling, der seinen Sitz in Mühlhausen (Els.) hat, gehört zu den Generalen, die ganz offenbar das Bedürfnis haben, von Zeit zu Zeit von sich reden zu machen. Als er noch als Oberst der Schutztruppe angehörte, brachte er es durch sein unerhörtes Auftreten im Reichstag dahin, daß fast alle Parteien in scharf zugespitzten Erklärungen ihm zu verstehen gaben, daß sein Vorgehen entschieden zurückzuweisen sei. Der streitbare General verschwand dann von der politischen Schaubühne, er ging zur Schutztruppe nach Afrika, von wo er dann in seine jetzige Stellung als Divisionskommandeur kam. Schon im vorigen Jahr hielt General v. Deimling eine Rede gegen die Friedensbestrebungen, die in Frankreich böses Blut machte und später auch der Gegenstand der Erörterung im Reichstag war. Der streitbare General will anscheinend auch bei der bevorstehenden Beratung des neuen Militäretats nicht mit Stillschweigen übergangen werden, denn er hat dieser Tage wieder — diesmal in Freiburg i. Br. — eine Rede gehalten, über die das „Freiburger Tageblatt“ folgendes berichtet:

„Erzelenz sprach von der Gefahr des ewigen Weltfriedens und der Bewegung der Friedensliga. Die Friedensidee und das Streben für dieselbe werde eine Illusion bleiben. Man kämpfe nicht um des Kampfes willen, sondern für die Ehre; den Ausschlag gab immer das Schwert, wie große Herren schon gesagt haben. Gegen die Friedensidee sei anzukämpfen, sie sei eine entwerdende Idee. Unsere Zeit verlange eine gestählte Jugend. Wir stehen vor dem Weihnachtsfest, wer haben hat und nicht weiß, was er ihnen schenken soll, der laufe ihnen einen Helm und einen Säbel. Die Militärvereine bilden ein Bollwerk gegen die Friedensbestrebungen. Dem Belfortverein und dem Veteranenverein galt das Herr Redners Hoch, in welches die Anwesenden kräftig einstimmen.“

Gestillt wird der Kriegsminister gefragt werden, was er zu der rednerischen Betätigung des Gene-

rals v. Deimling meint. Der Redeschluß dieses Generals ist doppelt bedenklich, er, der sich den Kampf gegen die Friedensidee anscheinend zur Lebensaufgabe gemacht hat, steht auf einem der vorgeschobenen Posten, der ein ganz hervorragendes Maß an Takt erfordert. Solche Reden sind aber Wasser auf die Mühlen der französischen Chauvinisten und können recht bedenkliche Folgen nach sich ziehen.

### Ein Mißerfolg der deutschen Diplomatie?

Aus Anlaß des Burenkrieges ist auch deutsches Eigentum zu Schaden gekommen und die Geschädigten haben die Vermittlung des deutschen Auswärtigen Amtes angerufen, um Entschädigung zu erhalten. Die britische Regierung hat jetzt entschieden, daß sie ein Eingehen auf alle Reklamationen ablehnt und auch nicht bereit ist, dem deutschen Antrag auf Überweisung der Angelegenheit an den Ständigen Schiedshof im Haag zu entsprechen. Nur für einige Fälle, welche den Kommissionen in Britisch-Südafrika nicht vorgelegen haben, erkennt sie an, daß es sich dabei um eine Rechtsfrage handelt, und will diese dem Haager Schiedshof unterbreiten.

Diese Abweisung läßt an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig, und die alldeutsche Presse schickt sich auch bereits an, die Hege gegen England neu zu entfachen. Die Ansprüche der Geschädigten sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, nach den Erfahrungen, die das Deutsche Reich im Hererokrieg gemacht hat, spielt bei der Erhebung solcher Schadenersatzansprüche Bescheidenheit nicht die mindeste Rolle. Die Budgetkommission des Reichstages hat damals die erhobenen Ansprüche gehörig zusammenstreichen müssen. Um der alldeutschen Hege die Spitze abzubrechen, ist es nötig, daß das Auswärtige Amt dem Reichstag sofort ein Weißbuch zugehen läßt, in dem der Umfang der Entschädigungsansprüche, die Ergebnisse der Erhebungen und die Art der eingeleiteten Schritte eingehend dargestellt werden.

### Friede zwischen dem Zentrum und dem bayerischen Verkehrsminister.

Die heftige Entrüstung, die das bayerische Zentrum wochenlang gegen den Verkehrsminister v. Frauendorfer gemittelt hat, scheint nun freundlicheren Gefühlen gewichen zu sein. Wegen seiner angenehmen Begünstigung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes hat man den Minister heftig angegriffen. Man hat versucht, ihn bei der Krone zu denunzieren, indem man behauptete, er arbeite systematisch gegen die monarchischen Interessen. Und das „Runder vom Stängel“ wurde dem Minister von der Zentrumspresse und von den ultramontanen Agitatoren in allen Tonarten vorgesungen. Nun scheint man aber plötzlich das Kriegsbeil begraben zu haben.

Vor kurzem tagte in Passau noch eine christliche Entrüstungsversammlung. Hier kam ein Brief des in Passau wohnenden Abg. Dr. Pichler zur Verlesung, in dem die Zuversicht ausgesprochen wurde, daß „das Verkehrsministerium alles tun werde, um die bisherigen Bedenken und Anstände völlig auszuräumen, und daß künftig von jedem Beamten der Verkehrsverwaltung alles vermieden wird, was auch nur den Schein einer Nachgiebigkeit über gar von Begünstigung von sozialdemokratischen Agitatoren erwecken könnte.“

Wenn sich Dr. Pichler, der einflussreiche Eisenbahndirektor der bayerischen Abgeordnetenkammer so äußerte, so darf man daraus schließen, daß die Führer des Zentrums sich mit dem Minister ausgesöhnt haben. Und die ultramontanen Massen, die auf Kommando der Fraktion Heim in Entrüstung aufschäumen mußten, haben sich nun auf einen Wink des Herrn Pichler, des erbittertesten Gegners des Dr. Heim, wieder zu beruhigen, ohne daß man ihnen sagte, was hinter den Kulissen ausgehandelt wurde.

Nun wird gegenwärtig in liberalen Kreisen das Gerücht kolportiert, der Verkehrsminister werde demnächst wegen eines Konflikts mit dem Rabinettchef Freiherrn v. Wiedenmann zurücktreten. Das gibt der Zentrumspresse Anlaß zu einem feierlichen Dementi. Mit einer Bestimmtheit, als sei nie etwas vorgekommen, schreibt sie:

„Dieses Gerücht ist ganz falsch. Schon die Motivierung ist total hinfällig. Ein Rabinettchef darf keinen politischen oder persönlichen Effekt auf Minister nehmen und Freiherr v. Wiedenmann hat es auch nicht getan. Auch sonst ist kein Grund gegeben, der den Rücktritt des Verkehrsministers ersichtlich machen könnte.“

Daß der Rabinettchef des Regenten keinen Einfluß bei der Entlassung von Ministern hat, ist eine Behauptung, über die jeder lacht, der die Verhältnisse in Bayern nur einigermaßen kennt. Worauf es aber ankommt, ist die Erklärung, es sei kein Grund gegeben, der den Rücktritt des Ministers ersichtlich machen könne. Damit wird nun offiziell zugegeben, daß der Frieden zwischen Zentrum und Verkehrsministerium geschlossen wurde.

### Landeskriminalpolizei in Sachsen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat beschlossen, einen Landes-Kriminalpolizeidienst einzurichten. Es sollen 7 Stationen in den sieben größten Städten errichtet werden. Die Hauptaufgabe der Landes-Kriminalpolizei soll in der Verfolgung solcher Verbrechen bestehen, die die öffentliche Sicherheit in besonders hohem Maße beeinträchtigen. Die Beamten sollen bewaffnet werden mit Mehrladepistolen und Schlagring.

### Amerika.

Eine „Revolution“ in Peru. Wie aus Depeschen englischer Blätter hervorgeht, ist in Peru ein Aufstand ausgebrochen. Die Insurgenten nahmen nach hartem Kampfe Abancay und marschieren jetzt auf Ayacucho. Die Regierung entsandte Truppen.

### England.

Die Wahlen. Bisher sind gewählt: 270 Liberale, 272 Unionisten, 43 Mitglieder der Arbeiterpartei, 73 Anhänger Redmonds, 9 Anhänger O'Briens. Die Zahl der von den Parteien gewonnenen Sitze ist unverändert.

# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 297.

Dienstag, den 20. Dezember 1910.

17. Jahrg.

## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. Dezember 1910.

Wortführer Dimpfer eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über die

### Revision des Beamtenbesoldungsetats.

Eine Eingabe von 20 Mitgliedern der Bürgerschaft bittet, die Beratung über die Gewerbesteuerumlage nicht wie vorgesehen, am 28. Dezember stattfinden zu lassen, sondern sie bis nach Neujahr zu verschieben. Die Abstimmung hierüber beschließt im Sinne der Antragsteller.

Ständiger Senatskommissar ist für heute Senator Dr. Stooss.

Zu Klasse C 1 liegt ein Antrag des Bürgerausschusses vor; ferner eine Eingabe der Handarbeits- und Turnlehrerinnen; sowie Anträge von Reimpell, Stelling und Klein.

Zur Geschäftsordnung gibt Aug. Pape eine Erklärung über seine Ausführungen betr. den Wadekommissar in Travemünde in einer früheren Sitzung; seine damaligen Behauptungen seien damit gegenstandslos.

In der Allgemeinberatung über die Abteilung C erhebt

Dühring die Bürgerschaft, sie möge dem Beschluß des Bürgerausschusses beitreten, der die Zulagen auf 24 Dienstjahre bemessen will. Redner stellt die bisherigen Ergebnisse der Staatsberatung in Vergleich zu den Senatsvorstellungen über die Lehrergehälter und hebt hervor, daß sich die Kulturwerte, welche die Lehrer schaffen, zahlenmäßig nicht ausdrücken lassen, die positive Leistung der Lehrer sei deswegen nicht geringer als die der übrigen Beamten. Das Moment des Sparsens dürfe hier nicht zu sehr in den Vordergrund gesetzt werden. Die Ausführungen Stelling am Sonnabend über die verschiedenartige Festlegung der Gehaltssteigerungen waren nur zu berechtigt. Denn die kleinen Zulagen an die unteren Beamten wirken volkswirtschaftlich bedeutungsvoller als die Zulagen von 2000 bis 3000 Mk. bei den hochgestellten Beamten. Eine Erparnis ist es nicht, wenn bei dieser Klasse, die die Mehrzahl bildet, zu sparsam vorgegangen und später, wenn es sich wieder um die Bestgestellten handelt, splendor gegeben wird. Das Höchstgehalt des Beamten sollte in dem Moment erreicht werden, wenn an seine familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse die größten Anforderungen gestellt werden, und das ist, wenn seine Kinder die oberen Schulklassen besuchen. Ein verheirateter Lehrer ist in jeder Beziehung weit befähigter, seinen pädagogischen Pflichten nachzukommen als ein unversehrter. Bei den Handarbeitslehrerinnen hat es den Anschein, daß diese überhaupt nicht in die Lage kommen sollen, das Höchstgehalt zu erreichen. Unter den heutigen Handarbeitslehrerinnen sind 15, die bis zu diesem Zeitpunkt ein Alter von 65 und 70 Jahren erreichen würden. Bei diesem Etat wird nur auf Preußen hingewiesen, Hamburg und Bremen, die bedeutend bessere Steigerungsverhältnisse aufweisen, läßt man außer Betracht. Die noch zweifelhafte Frage der festen Anstellung darf uns nicht abhalten, die Gehaltsfrage anders zu regeln als vorgesehen ist. Die Kosten der neugegestalteten festen Anstellung schwanken zwischen 32 000 und 90 000 Mk. Die Bürgerschaft wird in den nächsten Jahren für diese Änderung nicht zu haben sein, deshalb muß die Alterszulage auf 24 Jahre herabgesetzt werden. Die Unzufriedenheit soll beseitigt werden, und das kann nur durch den Antrag des Bürgerausschusses geschehen.

Senator Dr. Stooss: Der Senat hat bei der Herabsetzung Rücksicht auf Klasse 3 genommen; wenn der Antrag angenommen wird, schaffen wir uns wieder bedeutende Mehrkosten. Unrichtig ist, daß die Anstellungszeit im Durchschnitt 6 1/2 Jahre betrug. 172 Lehrer sind unter normalen Verhältnissen angestellt, in Wirklichkeit beträgt bei diesen die Hilfslehrerzeit 4,3 Jahre. Die anderen 52 Lehrer sind unter anormalen Verhältnissen angestellt, d. h. sie sind von auswärts hergekommen und haben andere Anstellungsbedingungen zu erfüllen, dadurch wird die Scala ungünstig beeinflusst. Im ferneren geht Redner auf die in der Eingabe hervorgehobenen Anstellungsverhältnisse in anderen Staaten ein, die er zu widerlegen sucht. Mit einem Alter von 25 Jahren, einschließlich der Militärdienstzeit, geschieht bei uns in der Regel die feste Anstellung. Kiel hat z. B. ein Höchstgehalt der Lehrer von 4450 Mk., also nur 50 Mk. mehr als Lübeck, dafür beträgt aber die Differenz der Mietsentlastung 110 Mk., so daß sich die Lübecker Lehrer besser stellen. Gegenüber Preußen stellt sich Lübeck ebenfalls günstiger. Sollte bei einzelnen Lehrern, die unter normalen Verhältnissen in Dienst traten, sich Härten ergeben, wird der Senat diese zu lindern trachten. Wenn die 24-jährige Steigezeit eingeführt werden sollte, haben die Lehrer in Lübeck einen großen Vorsprung gegenüber Preußen; ich warne Sie daher vor der Annahme des Antrages. Der Mehrbedarf würde den Etat ganz gewaltig belasten.

Dr. Wittern freut sich, daß ein Vertreter der Lehrerschaft mit offenem Munde für die Interessen der Lehrer eingetreten ist. Im Jahre 1873 erhielten die Lehrer ein Anfangsgehalt von 1800 Mk., das später auf 1500 Mk. herabgesetzt wurde, und erst 1892 wieder eine Steigerung erfahren hat. Dem Beschluß des Bürgerausschusses sollte Folge gegeben werden; an der konservativen Politik darf man nicht festhalten. Das Mehr von 24 000 Mk. sollte im Interesse des Lehrerstandes kein Ablehnungsgrund sein. Beim Antrag über die Errichtung einer staatlichen Rechtsauskunftsstelle hat man das Sparmaßprinzip nicht berücksichtigt, man hat dort in Hurraffstimmung jährliche Mehrausgaben bewilligt, die sich recht auf 2000 Mk. jährlich belaufen und die absolut unnötig waren (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!). Diese Rechtsauskunftsstelle war doch eine politische Maßnahme gegen die Sozialdemokratie. Was wir jetzt haben, das wissen wir, was aber noch kommt, das ist uns unbekannt. Den Anträgen kann ich nur zustimmen.

Senator Dr. Stooss bestreitet, daß konservative Politik getrieben werde.

Fehling: Wenn es richtig ist, daß die Lehrer nach 4,3 Jahren angestellt werden, kann es nicht bedenklich sein, den Lehrern die längere Hilfslehrerzeit anzurechnen. Dem Bürgerausschussantrag sollte zugestimmt werden. Heute kann man eine 4-jährige Hilfslehrerzeit nicht festlegen, sie würde einen Teil der Lehrer schlechter stellen. Das Gehalt soll den gegenwärtigen Lehrern erhöht werden und nicht den zukünftigen, und dazu trägt die Annahme des Bürgerausschussantrages bei. Ich behalte mir vor, einen Antrag zu stellen, der die Anrechnung der Hilfslehrerzeit betrifft.

Senator G. Ewers: Wir werden die Lehrer zufriedenstellen, wenn wir ihnen das zubilligen, was sie in Preußen bekommen, und dort ist eine 27-jährige Steigezeit maßgebend. Eine Ungerechtigkeit wird gegen die jüngeren Lehrer nicht begangen, wenn die Steigezeit so geregelt wird. Wir müssen danach streben, daß die Hilfslehrerzeit abgeklärt wird. Die Oberschulbehörde ist am Werke, den jetzigen ungesunden Zustand abzuschaffen und der Senat tritt dem bei; in ein oder zwei Jahren wird die Hilfslehrerzeit begrenzt werden, so daß mit der 27-jährigen Steigerungszeit niemand ein Nachteil erwächst. Nach den Verhältnissen unserer Mittel ist auch für diese Beamtengruppe gesorgt worden. Daß ein Lehrer heiraten soll, bestreiten wir nicht, aber diese Notwendigkeit tritt mit 24 Jahren nicht in den Vordergrund.

Senator Dr. Stooss: Eine Zusicherung, den Lehrern, die unter anormalen Verhältnissen angestellt wurden, die Dienstzeit bis auf die vierjährige Hilfslehrerzeit anzurechnen, kann ich nicht geben, die Kosten würden zu groß sein.

Fehling stellt einen Antrag betr. der Anrechnung der Dienstzeit, der von den Senatoren Dr. Stooss und G. Ewers bekämpft wird.

J. Reimpell trägt Bedenken gegen die Einführung der 27-jährigen Steigezeit; sie passe nicht in den Rahmen des Etats, bei allen übrigen Beamten betrage sie nur 21 Jahre. Den übrigen Beamten wird 1 Jahr, den Lehrern werden 4 Jahre zugerechnet. Eine ausgleichende Gerechtigkeit ist dies nicht. Der Bürgerausschussantrag kommt den Lehrern mehr entgegen. Für alle Beamte treffe das zu, was Dühring schon gesagt habe: Das Höchstgehalt dann erreichbar zu machen, wenn die größten wirtschaftlichen Anforderungen an den Mann gestellt werden. Der Vergleich mit Preußen stimme nicht; dort trete der Lehrer mit 20 Jahren aus dem Seminar, in Lübeck erst mit dem 21. Jahr. Das Höchstgehalt erhält er in Preußen mit 51 Jahren, in Lübeck erst im 52. Jahre. Bisher erhielten die Lehrer ihr Höchstgehalt in 28 Jahren, in Zukunft dauert es 27 Jahre. Gegen das Zahlenmaterial des Senats kann ich nicht anheben, aber die Lehrer sind im Besitz einer Liste, nach der die Lehrer in Lübeck erst mit 54 Jahren im Durchschnitt das Höchstgehalt erreichen. Unsere statistischen Nachweise sind aus zuverlässiger Quelle; wir sind durchaus sachlich vorgegangen. Bremen arbeitet eine Vorlage aus, die sicher bedeutend weiter geht als die unsere; in Hamburg beträgt das Endgehalt mehr. Im Fürstentum Lübeck sind die Verhältnisse ebenfalls besser. Die Senatstabelle nimmt keine Rücksicht auf die der besten Anstellung vorausgehenden Jahre; und diese Zahlen ergeben ein anderes Bild. Die feste Anstellung wird vor dem 25. Jahre nicht eintreten; gerecht wäre aber, diese mit dem 24. Jahre eintreten zu lassen. Dann darf aber nicht vergessen werden, daß in Preußen die Gemeinden von Jahr zu Jahr erhöhte Ortszulagen gewähren können. Ein Hilfslehrer in Kiel und Hamburg erhält 400 und 500 Mk. mehr als in Lübeck. Man kann wohl der Meinung sein, daß ein niedriges Gehalt für die Hilfslehrer zur Bescheidenheit erziehe, wirtschaftlich gut ist es aber nicht. In Kiel erhält der Lehrer während seiner Dienstzeit 14 300 Mk. mehr als in Lübeck. Wenn innerhalb des Beamtenetats nur die Lehrer eine Ausnahme in der Besserstellung machen sollen, so ist dies ungerecht gegen sie gehandelt.

Pastor Ewers steht auf dem Boden der Senatsvorlage, da durch die Annahme des Bürgerausschussantrages die Begrenzung der Hilfslehrerzeit in Frage gestellt sei, und diese bedeute einen größeren Fortschritt als die Herabsetzung der Steigerungsjahre; er erwartet aber auch die baldige Durchführung derselben. Zu bedauern wäre auch, wenn die Gleichstellung der Lehrer in Lübeck mit Preußen in den Anstellungsverhältnissen nicht stattfinden würde. Redner stellt ein entsprechendes Ersuchen an den Senat.

Lippert tritt für 24-jährige Steigezeit ein. Vom Senat wurde herangezogen, daß der größte Teil der Kosten des Beamtenbesoldungsetats (350 000 Mk.) für die Lehrer aufgewendet werden müsse, denn ihre Erhöhung erfordere 190 000 Mk. Bei dieser Zahl muß aber berücksichtigt werden, daß in der Oberschulbehörde 468 Beamte angestellt sind; daraus erklärt sich die hohe Summe. Unsere Volksschule in Lübeck rühmt sich einer hohen Leistung, da wäre es angebracht, auch einen höheren Aufwand für die Lehrer zu machen. Der Mehraufwand beträgt nur 24 000 Mk., der ist für die Volksschule nicht zu hoch und trägt gute Früchte.

Fehling wendet sich gegen das von Pastor Ewers beantragte Ersuchen, das keine Aussicht habe, angenommen zu werden, nachdem sich der Senat dagegen ausgesprochen habe, die Lübecker Lehrer mit den preußischen gleichzustellen. Beschließen Sie ruhig die 24-jährige Steigezeit.

Senator Dr. Stooss: Der Senat kann sich nicht darauf einlassen, sämtlichen Lehrern die 4-jährige Hilfslehrerzeit nachträglich anzurechnen, für diejenigen, die unter normalen Verhältnissen angestellt sind, trägt der Senat kein Bedenken, dem Wunsch nachzukommen.

Senator G. Ewers: Durch die Annahme des Antrages Ewers würde einer großen Zahl Beamter wieder genommen, was den anderen gegeben werde.

Wanta: Eine bindende Erklärung über die Begrenzung der Hilfslehrerzeit ist nicht gegeben worden. Durch den Wechsel auf die Zukunft ist uns aber nicht gedient; deshalb werde ich für den Bürgerausschussantrag stimmen. Der Lehrerstand ist lange, wenigstens in Preußen, ein Stiefkind gewesen; erst in neuerer Zeit wurde dem abgeholfen, weil man dort keine Lehrer mehr bekam. Lübeck muß deshalb den Lehrern auch entgegenkommen. Der Lehrer soll so bald wie möglich heiraten, das hat selbst ein Gelehrter wie Paulsen hervorgehoben.

Dühring weist darauf hin, daß das Schicksal der Klasse 1-3 durch die große Zahl bestimmt werde. Für die Lehrerschaft handle es sich nicht um ein Günstigerstellen um drei Jahre, sondern um ein Jahr, gegenüber Preußen. Die Parallele mit Lehrer und Sekretäre weist einen sechs-jährigen Unterschied der Steigung auf, und doch seien diese beiden Beamtengruppen im Rang gleichwertig. Redner bemängelt das Endgehalt der Lehrerinnen in Klasse 2 und der Lehrer in Klasse 3, das für den Familienvater nur 1400 Mk. mehr als für die unverheirateten Lehrerinnen betrage. Durch die Vorlage werde nur die Lehrerinnenchaft gefördert.

Senator Dr. Stooss: Der Unterschied im Endgehalt der Lehrer und Lehrerinnen stellt sich in Preußen, das der Vorredner anzog, für die Lehrer noch ungünstiger. Wird die Hilfslehrerdienstzeit auf 4 Jahre beschränkt, erfordert dies eine Mehrausgabe von 93 000 Mk.

J. Reimpell bezweifelt die außergewöhnlich hohe Zahl nicht normal angestellter Lehrer und geht wiederholt ausführlich auf die Äußerungen des Vorredners ein, wird

aber vom Wortführer unterbrochen, der den Redner darauf aufmerksam macht, daß die Bürgerschaft den Wunsch habe, heute den Besoldungsetat zu Ende zu führen. — In seinen weiteren Ausführungen führt Redner die Teuerungsverhältnisse Lübecks an, die anderen Städten nichts nachgeben würden. Die Volksschullehrer würden mit zweierlei Maß gemessen, sonst könnten sie doch mit den mittleren Beamten gleichgestellt werden.

Dr. G. Ewers stimmt für den Fehlingschen Antrag; der ständige Senatskommissar habe sich gegen den Grundgedanken nicht gewandt und er erwidere nunmehr den Antrag, der sehr lautet: Zu Klasse C 2 und 3 folgende Werte hinzuzufügen: Für den Fall, daß durch Rat- und Bürgerwahl die Dienstzeit für Hilfslehrer und Lehrerinnen gesetzlich begrenzt und beschlossen werden sollte, den im Amte befindlichen Beamten der Klasse C 2 und 3 die die gesetzliche Hilfslehrerzeit übersteigende Dienstzeit, soweit nicht besondere Umstände des Einzelfalles anderweitige Regelung rechtfertigen, auf das Besoldungsdieneralter anzurechnen, bleibt eine anderweitige Bemessung der Alterszulagen vorbehalten.

Fehling zieht seinen Antrag zugunsten des von Dr. G. Ewers abgeänderten zurück.

Senator Dr. Stooss kann eine bindende Erklärung nicht abgeben, auch nicht zugunsten des Grundgedankens, den der Antrag Dr. G. Ewers enthält. Die Bedenken seien zu schwerwiegend.

Stelling bemerkt, daß der Standpunkt seiner Fraktion derjenige des Bürgerausschusses in bezug auf die Steigerungsverhältnisse sei, der 24 Jahre festlegt. Er könne nicht einsehen, warum hier Ausnahmen bezüglich der Gehaltssteigerungszeit gemacht werden sollen, die man bei anderen Beamtenkategorien nicht zugelassen habe. Die vom Senatstische angeführten Gründe sollten schultechnischer Art sein. Diese Gründe befriedigen und überzeugen nicht. Wir handeln vielmehr richtig, wenn wir dem Ersuchen der Lehrer entsprechen. Eine größere Belastung der Lehrer mit Arbeit entsteht zweifellos, wenn der Plan der Oberschulbehörde bezüglich der Erhöhung der Klassenfrequenz verwirklicht wird. Öffentlich werden wir uns bald mit dem betreffenden Bericht der Oberschulbehörde beschäftigen können. Heute kommen 24 000 Mk. in Frage. Bei einer anderen Gelegenheit sind wir nicht so sparsam gemessen. Bei der Rechtsauskunftsstelle sind 2000 Mk. hinausgeworfen worden. Was Herr Dr. Wittern über diese gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort.

In der Abstimmung wird der Antrag des Bürgerausschusses, der 8 Alterszulagen in 24 Dienstjahren vorsieht, angenommen.

Pastor Ewers zieht seinen Antrag zurück.

Zu Klasse C 1 beantragt Klein, das Gehalt der Handarbeits- und Turnlehrerinnen auf 1400 Mk., 4 X 100, 4 X 75, Endgehalt 2100 Mk. festzusetzen. Der Antragsteller begründet seinen Vorschlag. Nach preußischem Muster habe man sich bei den Handarbeits- und Turnlehrerinnen nicht gerichtet, denn diese blieben um 800 Mk. im Endgehalt gegenüber Preußen zurück, trotzdem das Prüfungszeugnis zur Bewerbung in Preußen berechtige.

Senator Dr. Stooss: In Preußen werden bedeutend mehr Anforderungen an diese Lehrerinnen gestellt, deshalb ist der Vergleich nicht angängig.

J. Reimpell behauptet, daß die Ausbildung der Lübecker Lehrerinnen die gleiche sei wie in Preußen.

Senator Dr. Stooss: Die Unterlagen für meine Behauptungen habe ich von der Oberschulbehörde.

Klein stimmt Reimpell bei.

Prof. Dr. Müller: 1905 wurde hier eine neue Prüfungsordnung geschaffen, diese ist aber von Preußen überholt worden.

J. Reimpell weist auf die langjährigen Dienste hin, die die im Amte befindlichen Handarbeits- und Turnlehrerinnen geleistet haben und die ein Entgegenkommen berechtigen.

Der Antrag Klein wird abgelehnt.

Ein Ersuchen Reimpells, den Handarbeits- und Turnlehrerinnen die Dienstjahre anzurechnen, die sie im Lübecker Privatschuldienst zugebracht haben, wird angenommen.

Klasse 2 wird nach der Senatsvorlage angenommen.

Der Antrag von Dr. G. Ewers ebenfalls.

Dr. Wittern wünscht die Fußnote 4 auf Seite 19 des Etats dahin abgeändert, daß den Bezirksschullehrern auch dann die Stellenzulage gewährt wird, wenn die Schuteweniger als fünf Klassen hat.

Schulmerich stellt verschiedene Abänderungsanträge zu den Fußnoten, die die Stellenzulagen derjenigen Lehrer betreffen, welche das Mittelschulexamen abgelegt haben, aber an Volksschulen weiter unterrichten. Die Zulagen werden nach der Vorlage nur denen gewährt, die an Mittelschulen angestellt sind. Auch für die Lehrerinnen, die die wissenschaftliche Prüfung für mittlere und höhere Mädchenschulen abgelegt haben, sowie für Zeichenlehrer usw. wünscht er Abänderung im gleichen Sinne.

Senator Dr. Stooss hebt die große Bedeutung der Abänderung hervor. Wenn man künftig allen Lehrern, die ihre Prüfung bestanden hätten, die Zulage gewähren wollte, würde das unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Sekretäre, Assistenten usw. müßten dann gleichfalls nach Ablegung des Examens das Gehalt bekommen, das nur beim Eintreten in das betr. Amt bezahlt würde.

Senator G. Ewers widerspricht dem Antrag Schulmerich ebenfalls.

Prof. Dr. Müller wendet sich auch gegen die Schulmerichschen Ausführungen. Die Prüfungen seien bisher auswärts gemacht worden, es wäre notwendig, eine eigene Prüfungskommission zu schaffen. Der Bedarf an Mittelschullehrern werde bei uns größer. Zu betonen sei aber, daß die Ablegung einer Prüfung noch zu keinem Amte berechtige, auch nicht zu einer Stellenzulage, sie gebe nur die Qualifikation des Prüfenden bekannt, und auch da nur die theoretische. Der Antrag sei abzulehnen.

Stender: Wenn der Staat die Beamten nach dem Wissen und nicht nach dem Amt bezahlen würde, könnte das zu unheilvollen Zuständen führen. Die Lehrer müssen eben so lange warten, bis sie eine Stellung bekommen, die eine Zulage in sich schließt.

Fehling und Dr. G. Meyer machen weitere Ausführungen hierzu.

J. Reimpell weist auf den Widerspruch in der Zulagenbemessung hin. Der Staat habe in jeder Beziehung von den Lehrern Nutzen, die das Mittelschulexamen nachweisen können, selbst wenn diese an Volksschulen tätig sind.

Die Schulmerrischen Anträge werden abgelehnt, der Senatsantrag wird angenommen.

Zu Klasse 4 beantragt Rosenquist die Verlegung der Fachlehrer an der Gewerbe- und Baugewerkschule in Klasse 5.

Senator Dr. Stooss weist auf die nächsten Klassen hin (Zeichenlehrer und OberlehrerInnen), die ebenfalls Verlegung beantragen.

Der Antrag Rosenquist wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Bei Klasse 5 beantragt Dr. Gilbert, die Zeichenlehrer in Klasse 7 zu verlegen.

Sie hätten die gleiche Vorbildung wie die Baugewerkschul- und Navigationslehrer. In Preußen ständen sich diese Beamten gleich. Eventuell bitte er den Antrag dahin abzuändern, die Steigungszeit auf 21 Jahre festzusetzen.

Prof. Dr. Müller weist auf die Musiklehrer an den höheren Schulen hin, die in Preußen mit den Zeichenlehrern gleichstünden, denen aber hier eine Zulage nicht bewilligt wurde. Wir haben hier schon oft auf die persönliche Tätigkeit Rücksicht genommen; das wäre auch den Zeichenlehrern gegenüber angebracht.

Senator Dr. Evers hebt den Unterschied der Lehrer in Preußen und hier hervor.

Der Antrag von Dr. Gilbert, sowie der Eventualantrag werden abgelehnt, die Senatsvorlage angenommen, Klasse 6 ebenfalls.

Zu Klasse 7 haben die Baugewerkschullehrer eine Eingabe um Verlegung eingereicht.

Dühring beantragt für diese eine neue Klasse 8a zu schaffen.

Heinsohn fragt, ob den Baugewerkschullehrern die Nebenarbeit gestattet sei.

Senator Dr. Evers antwortet hierauf, ist aber am Preussisch unverständlich.

Dühring: In Preußen sind die Baugewerkschullehrer zu Oberlehrern erhoben.

Senator Dr. Evers: Sie sind nicht zu solchen erhoben, sondern es werden dort nur noch Oberlehrer angestellt.

Schneider: In Preußen sind insgesamt nur 60 Baugewerkschullehrer tätig.

Stender: Die Baugewerkschullehrer haben die gleiche Vorbildung wie die Bauwarte; der Senatsantrag trifft hier das Rechte.

Röster will auch die Navigationslehrer in eine andere Klasse verlegt wissen.

Reimpell auch die Seminarlehrer.

Dühring zieht seinen Antrag zurück, damit fallen die anderen Anträge.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Zu Klasse 8 stellt Prof. Dr. Müller einen Antrag, das Gehalt auf 3500-5700 Mk. festzusetzen und begründet diesen.

In Preußen bekomme jeder Hauptlehrer eine bestimmte Funktionszulage, die in Lübeck nicht üblich sei. Die Hauptlehrer warteten bisher vergeblich auf eine solche. Mehrkenntnis und Mehrleistung erforderten jedoch eine entsprechende Zulage. Die Zahl der Schüler bestimme nicht die Zahl der Klassen, und doch sei nur diese für eine Zulage heute maßgebend. Eine Schule z. B. mit 720 Schülern, die 16 Klassen aufweise, bringe dem Hauptlehrer nur eine Zulage für die eine Mehrklasse, während eine Schule, die nur 380 Schüler zähle, aber 18 Klassen aufweise, dem Hauptlehrer eine dreifache Zulage einbringe. Die Zulagen nach der Schülerzahl zu bemessen, wäre gerechter, als nach der Klassenzahl. Der Antrag würde die gestörte Einigkeit der Hauptlehrer wieder herstellen.

Senator Dr. Stooss: Der Gedanke der Klassenzulage habe sehr viel für sich, er sei anderwärts zum Teil durchgeführt. Das Endgehalt in Lübeck erreiche jedoch dieselbe Summe wie in Preußen mit den Funktionszulagen. Den Antrag bitte er abzulehnen.

Stender wünscht, daß bei Debatten über Schulfragen, wie sie heute gepflogen werden, ein Vertreter der Oberschulbehörde anwesend sein möchte.

Aug. Pape bringt die Unterhaltungsabende der Schulen zur Sprache, an denen sogar ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig erhoben werde. Wenn die Herren Zeit hätten, solche Veranstaltungen zu machen, dann müßten sie noch viel freie Zeit haben. Eine Schule soll aus dem Ertrag solcher Unterhaltungsabende sich einen Flügel angeschafft haben.

Ein Antrag von Prof. Dr. Müller, der diese Funktionszulagen regelt wird angenommen.

Klasse 9 (Oberlehrer der Baugewerkschule) will in Klasse 11 verlegt werden.

Dr. Wittern: Die Oberlehrer der Baugewerkschule haben einen akademischen Lehrgang durchzumachen, deswegen müssen sie auch den Oberlehrern gleichgestellt werden. Die Baumeister an der Baudeputation kommen nicht zu kurz dabei, denn die Vorbildung ist eine verschiedene; die Baugewerkschullehrer müssen das Abiturium haben und Diplom-Juristen sein, die Baumeister brauchen diesen Lehrgang nicht. Dadurch ist die Begründung des Antrages wohl genügend. Die finanzielle Tragweite ist sehr gering.

Schenburg stellt den Antrag, im Falle der Annahme des Antrages Dr. Wittern dem Direktor der Navigationschule das Gehalt für Oberlehrer zu bewilligen.

Senator Dr. Stooss: Zwei der hiesigen Baumeister haben denselben Bildungsgang durchgemacht wie die Oberlehrer der Baugewerkschule. Wenn das Endgehalt der Baugewerkschullehrer dem der Oberlehrer gleichgestellt wird, werden die Baudeputationsmitglieder wieder zurückgestellt.

Fehling: Die Kommission des Bürgerausschusses hat den Antrag der Gleichstellung eingebracht; er ist abgelehnt worden und zwar hauptsächlich deshalb, weil man glaubte, daß das Bestehen der Anstalt gefährdet schien. Sonst wäre der Bürgerausschuß dem Antrag beigetreten. Es handelt sich also nur um 1000 Mk. Mehrkosten. Es ist also angebracht, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Dr. Wenda betont im Falle der Annahme des Witternschen Antrages die Notwendigkeit, auch den von Schenburg anzunehmen.

Scharff vertritt ebenfalls den Antrag von Dr. Wittern. Der geringe finanzielle Effekt und die Gerechtigkeit, Beamte mit gleicher Vorbildung im Gehalte gleichzustellen, erfordern die Annahme.

Pastor Evers: Die Gleichstellung dieser Beamten ist notwendig. In anderen Städten ist sie auch vorhanden.

Schöls tritt auch für den Antrag ein und kommt auf die Nebenarbeiten der Oberlehrer der Baugewerkschule zu sprechen. Ein Oberlehrer habe 3 oder 4 Nebenarbeiten in einem Jahre ausgeführt. Das sei in einem Herrn mit solchem Gehalte nicht notwendig. Jedenfalls müsse diese angerechnet werden, um die Privatkonkurrenz nicht zu schädigen.

Dr. Wittern: Die Nebenarbeit des angezogenen Baugewerkschullehrers ist nur auf freundschaftliches Verhältnis zurückzuführen.

Wendfeld wünscht den Direktor an der Navigationschule in Klasse 11 verlegt.

Scharff: Wenn dieses Gehalt erhöht wird, ist die Spannung zwischen Richter und Lehrern, die denselben

Bildungsgang haben, zu groß; das ist bei keiner hiesigen Schule der Fall.

Der Antrag von Dr. Wittern wird angenommen.

Schöls stellt den Antrag, Lehrern und Oberlehrern der Baugewerkschule nur mit Genehmigung der Oberschulbehörde Nebenarbeiten zu gestatten.

Dr. Börs erucht Schöls, seinen Antrag zurückzuziehen, oder ihn als Ersuchen dem Bürgerausschuß zu verweisen.

Senator Dr. Stooss: Wenn ein Beamter der Privat-tätigkeit Konkurrenz macht, schreitet die Behörde selbstredend ein.

Schöls zieht seinen Antrag zurück.

Dr. Wenda nimmt ihn wieder auf, auch Scharff verteidigt den Antrag, der schließlich angenommen wird.

Klasse 10 wird nach der Senatsvorlage mit einem Zusatzantrag Schenburg angenommen.

Bei Klasse 11 (Oberlehrer) ersucht Scharff die Gehaltszulagen statt auf 3 mal 700 und 4 mal 600 auf 4 mal 800 und 4 mal 500 Mark festzusetzen.

Die Mehraufgaben werden zwar in diesem Jahre 4000 Mk. betragen, mit der Zeit aber wieder verschwinden. Dem Antrage wird vom Senatstische widersprochen.

Die Mehrkosten betragen 8000 Mk.

Dr. Wittern glaubt, daß man in Zukunft schlimme Erfahrungen machen wird, wenn man dem Antrage Scharff nicht folgt. Nach den am Sonnabend gefallenen Worten über die Oberlehrer erwarte man jetzt Tatsachen, und diese können mit der Annahme des Antrags Scharffs bewiesen werden.

Senator Dr. Evers widerspricht dem Antrage, den Oberlehrern sei in jeder Beziehung Gerechtigkeit geschehen.

Prof. Dr. Müller: Die Spannung zwischen Richter und Oberlehrer ist in Lübeck noch viel zu groß. In Oldenburg und andern Staaten ist völlige Gleichstellung durchgeführt. Sollte der Antrag Scharff abgelehnt werden, würde es ein bedenklicher Schritt sein.

Dr. Wittern: Es hat mich befreut, daß der Senat auf die Ausführungen Fehlings am Sonnabend nichts erwidert hat. Nachdem der Senat die Gehaltsverhältnisse der Richter verändert hat, muß er auch die Konsequenzen haben, und dies bei den Oberlehrern tun. Wird dies heute nicht bewilligt, werden noch weitere Schwierigkeiten entstehen und die besten Kräfte wegziehen. Dann sind wir erst recht gezwungen, neue Vorlagen zu akzeptieren. Die Ungerechtigkeit würde beseitigt durch den Antrag Scharff.

Senator Dr. Stooss: Der Senat weiß ganz genau, wie er sich gegenüber Anträgen aus der Bürgerschaft zu verhalten hat. Das ist ganz seine Sache. Den Grundsatz der Annäherung von Richtern und Oberlehrern hat der Senat nicht verlassen; im Endgehalt bleiben sich Richter und Oberlehrer gleich und das ist der Zweck der Vorlage.

August Pape wünscht Vertagung; dem wird widersprochen.

Der Antrag Scharff wird abgelehnt.

Der Antrag des Bürgerausschusses, die Baugewerkschule für 1911 und 1912 bestehen zu lassen, wird angenommen, die Senatsvorlage ebenfalls.

Klasse 12 und 13 werden debattelos genehmigt.

Die gesamte Vorlage über den Beamtenbesoldungsetat mit den von der Bürgerschaft beschlossenen Änderungen wird hierauf genehmigt.

Der Antrag von Vippert: Die Bürgerschaft wolle in Anbetracht der Notlage der Lübecker Beamten den Senat ersuchen, den im Lübecker Staat Angestellten sofort nach Erledigung des Besoldungsetats eine auf das Gehalt später anzurechnende Zahlung zu gewähren, wird angenommen.

Dem Antrag von Dr. Börs und 72 Genossen betreffend den Erlaß eines Senatoren-Pinterbliebenengesetzes erklärt

Löwig: Obwohl wir nicht grundsätzlich gegen eine Pinterbliebenversorgung für die Senatsmitglieder sind, so werden wir doch gegen den Antrag Dr. Börs stimmen. Wenn der Senat eine Versorgung seiner Pinterbliebenen wünscht, so kann er sich ja an die Bürgerschaft wenden; aber daß diese ihn erst besonders darum ersucht, dazu liegt unserer Meinung nach keine Veranlassung vor. Wir wissen übrigens gar nicht einmal, wie sich der Senat zu der ganzen Sache stellen wird. Sehr eigenartig berührt es uns, daß man dem Antrag gleich einen fertigen Gesetzentwurf beigegeben hat. Es scheint sich danach um eine abgekartete Sache zu handeln. Da machen wir nicht mit.

Dr. Börs widerspricht Löwig und bestreitet, daß es eine abgekartete Sache sei. Dies Verfahren sei seit langem üblich in der Bürgerschaft und rechtfertige sich selbst. Die äußerste Linke müßte ebenfalls dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

Dr. Gilbert legt in einer persönlichen Bemerkung gegen die Ausführungen Fehlings in der Sonnabend-Sitzung Verwahrung ein; diese würden nach außen nicht ungehört verhallen.

Fehling bestreitet, daß seine Ausführungen eine persönliche Spitze gegen die Oberlehrer enthalten hätten; es werde sich hoffentlich bald Gelegenheit finden (Stellung ruft: Duell mit Pistolen), sich über diese Angelegenheit ausführlich auseinanderzusetzen.

Schluß 1 Uhr nachts.

### Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Vor Eintritt in die Verhandlung sagt Rechtsanwalt Heinemann, vom Polizeipräsidenten ist den Beamten die Genehmigung erteilt worden auszufagen, wie viel Beamte der Abteilung 7, das ist der politischen Abteilung, in Moabit tätig waren. Aber der Antrag der Verteidigung ging dahin, auch mitzuteilen, ob und wieviel Beamte der Sittenpolizei und anderer Abteilungen in Moabit tätig waren, welche Kleidung sie hatten und welches ihr Auftrag war. Da hierauf vom Polizeipräsidenten noch keine Antwort erteilt ist, wird der Antrag wiederholt. Rechtsanwalt Rosenfeld stellt im Hinblick auf die Auslagen des Polizeikommandants Folke und des Zeugen Dreßohl in der letzten Sitzung, aus denen hervorzugehen scheint, daß Angehörige des „Vorwärts“ an den Mordtagen beteiligt waren, den Antrag, Redakteure und Redaktions-Sekretäre des „Vorwärts“ als Zeugen zu laden; sie sollen betunden, daß niemand von den Angestellten sich Urlaub geben ließ, um an Angriffen auf die Polizei, die auf einen Haufen gelockt werden sollte, teilzunehmen. Die Verhandlung, in die dann weiter eingetreten wird, ergibt das selbe Bild wie früher.

Eine Reihe von Zeugen, die ruhig ihres Weges gingen, die von der Arbeit kamen oder sonstwie nach Hause wollten, betunden schwere Mißhandlungen, die ihnen selbst zuteil wurden. Ein Zeuge mit Namen Weiß wurde, als er von der Gleitschleife fiel, sofort gefaßt und als er sich erhob,

fiel er mit dem Säbel derartig über den Kopf geschlagen, daß er betinnungslos liegen blieb. Als er wieder zur Bewußtsein kam, war er allein und fuhr in einer Droßke zur Unfallstation. Eine Stahlchiene, die er in der Mütze hatte, wurde von dem Säbel durchschlagen, ohne diese Schiene wäre er heute wahrscheinlich eine Leiche.

Ein anderer Zeuge, Busack, ist nicht selbst mißhandelt worden, macht aber über das Verhalten der Kriminal-Schulleute sehr belastende Aussagen. In der Nähe, etwa 70 Schritt entfernt, hat er einen Polizeileutnant und einen Polizeihauptmann gesehen. Der darauf als Zeuge vernommene Charlottenburger Polizeihauptmann v. Hertinger, derselbe, den der Zeuge Busack bezeichnet, hat von diesem Benehmen der Kriminalbeamten nichts gehört und gesehen.

Von erheblicher Bedeutung für die Beurteilung der allgemeinen Situation ist die Schilderung eines Architekten, der seit langen Jahren in Moabit wohnt und die dortige Bevölkerung genau kennt. Er schildert die Bewohner von Moabit als ruhige und fleißige Leute. Seit etwa einem Jahre jedoch haben sich dort viel Zuhälter niedergelassen, die bei jeder Gelegenheit dabei sein müssen. Er hat selbst beobachtet, wie ein Arbeiter solchem Gesindel gefaßt hat, sie sollten sich nicht um den Streit kümmern, er ginge sie nichts an. Die Zuhälter aber hätten erwidert es sei ihnen ganz gleich, ob sie deshalb oder wegen einer anderen Sache ins Ritzchen kommen. Weiter hat der Zeuge gesehen, daß die Laternen in der Klostertor Straße von halbnackten Burschen ausgebreitet wurden, und daß die Polizei dabei stand, aber nicht einschritt. Auch eine als Zeuge vernommene Frau hat genau beobachtet, wie ein Junge auf eine Laterne geklettert sei, gerufen habe: „Licht aus“, und wie gleich darauf auch die anderen Laternen erloschen seien. Fünf Schulleute hätten in der Nähe gestanden, aber sich nicht gerührt. Eine Reihe anderer Zeugen lobt das korrekte Verhalten der Schulleute.

Demgegenüber gibt ein Zeuge, der der bürgerlichen Gesellschaft angehört, eine Darstellung seiner Ergebnisse in Moabit. Der Zeuge sagt, daß er noch heute vor Erregung zittere, wenn er an die barbarischen Mißhandlungen von einzelnen Postanten denkt. Er zählt eine ganze Reihe von derartigen Einzelfällen auf.

Interessant waren die Aussagen einiger Polizeizeugen. So sagt die Frau eines Schuhmachers, sie habe, als sie die Menschenmenge gesehen habe, von ihrem Balkon aus vor Wut Wasser auf sie herabgeschossen. Es tue ihr leid, daß es nicht todesndes Wasser gewesen sei.

Ein Supernumerar, ein junger Mensch von 20 Jahren, ergeht sich in einem förmlichen Loblied auf die Polizei, die ihn sehr höflich behandelt hat, schimpft fortgesetzt auf das Gesindel, wie er die Leute in Moabit bezeichnet und gibt sein Urteil dahin ab, daß der Aufruhr planmäßig angezettelt sei. Er habe das daraus geschlossen, daß aus einer Menschenmenge heraus wiederholt Leute an die Polizeisten herangetreten seien und sie gebeten hätten, sie durchzulassen. Die Menschen seien dann immer wieder in den Straßen zurückgekehrt. Im Laufe seiner weiteren Vernehmung erklärt er, er habe mit denjenigen, denen die Köpfe blutig geschlagen sind, kein Mitleid empfunden. Diese Äußerung gab dem Rechtsanwalt keine Veranlassung, den Zeugen zu fragen, wie alt er ist und auf die Antwort 20 Jahre, entschloßte dem Rechtsanwalt Dr. Cohn die Äußerung dann lernen Sie erst einmal etwas im Leben. Der Zeuge hat sofort den Gerichtshof um Schutz gegen Beleidigungen der Verteidigung und der Gerichtshof zog sich dann auch nachdem der Vorstehende zunächst den Rechtsanwalt Dr. Cohn vergeblich aufgefordert hatte, seine Äußerung zurückzunehmen, zur Beratung zurück und rückte die Beleidigung des königlichen preussischen Supernumerars mit einer Ordnungsstrafe von 20 Mk.

Zum Schluß wurde noch ein erneuter Antrag auf Entlassung des Angeklagten Heideck abgelehnt, obwohl dessen Vater, ein königlicher Beamter, die Bürgerschaft für ihn in Form eines Gehaltsabzuges übernahm.

Am Dienstag wird die Verhandlung fortgesetzt.

### Aus dem Gerichtssaal.

Auch ein Gesechshüter! Die Strafammer in Dirschberg (Schlesien) verurteilte den Polizeikommissar Engler in Landeshaft, der in drei Fällen bei polizeilichen Vernehmungen Schulkinder mit einem Messer ziemer geschlagen hat, zu vier Monaten Gefängnis.

„Das ist das Seelenheil.“ Ein sensationeller Mordprozess, der sich gegen einen katholischen Geistlichen und dessen Haushälterin richtete, beschäftigt das Schwurgericht der baltischen Stadt Jara. In Verbindung damit steht eine Anklage wegen Missetzung zum Mord. Unter Anklage stehen der 44 Jahre alte Pfarrer Tomassenich und die 35jährige Antonie Petric. Vor etwa fünf Jahren verlor in der Wohnung des Pfarrers die Tante des Angeklagten Tomassenich, Frau Kanciant, unter verdächtigen Umständen. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß die alte Frau ermordet worden war. Als Täter wurde der Knecht Kovacevic ermittelt, der daraufhin wegen Mordes zum Tode verurteilt, aber zu zwanzig Jahren schweren Kerkers begnadigt wurde. Aus dem Gefängnis heraus richtete er verschiedene Briefe an den Pfarrer, in denen er um Anleerstützung seiner Familie bat. Als der Pfarrer diesem Ersuchen nicht stattgab, ließ er sich dem Untersuchungsrichter vorführen und legte das Geständnis ab, daß der Pfarrer und die Haushälterin ihn zu dem Mord angestiftet hätten. Die alte Frau hatte die Absicht gefaßt, von dem Pfarrhofs wegzuziehen und die beiden Angeklagten fürchteten, daß sie dadurch des Vermögens der Frau verlustig gehen würden. Beide drangen wiederholt in Kovacevic, die Tat auszuführen, die Petric versprach ihm sogar sich selbst. Als Kovacevic Bedenken wegen seines Seelenheils äußerte, machte der Pfarrer die Bewegung des Geldzählens und sagte: Das ist das Seelenheil. Der Knecht gab bei seiner Vernehmung ferner an, daß der Pfarrer und seine Haushälterin ein Verhältnis unterhielten, dem zwei Kinder entsprungen seien. Die beiden Kinder seien bald nach der Geburt ermordet worden. Tatsächlich wurden auch an der von ihm bezeichneten Stelle die Leichen gefunden. Beide Angeklagte bestreiten ihre Schuld.

Ein Wüstling als Erziehler. Das unglaublich schamlose Treiben eines Jugendzählers, des siebenunddreißigjährigen katholischen Volksschullehrers Anton Bierheilig in Oberfinn (Bayern) war am Donnerstag Gegenstand einer Verhandlung vor dem Würzburger Landgericht. Bierheilig ist von 1902 bis 1908 in Oberfinn als Lehrer tätig gewesen. Wie in der Verhandlung festgelegt wurde, hat er in diesen acht Jahren so fürchterlich unter den Kindern gehaust, daß es unter den ihm zum Unterricht und zur Erziehung anvertrauten 75 Mädchen wohl keines gegeben hat, an dem er sich nicht sittlich vergangen hätte. Vorzugsweise suchte er sich neun- bis zwölffährige Mädchen aus, da diese am wenigsten Widerstand leisteten. Aber auch Sonntagsschülerinnen sind ihm zum Opfer gefallen. Ebenso hat er sich zu Hause an seinen



# Zum Weihnachtstfest

bringe allen Freunden und Gönnern mein

## Tabak- und Zigarren-Geschäft

in freundliche Erinnerung.

Weihnachts-Zigarren in Kisten zu 25 Stück.

**Carl Wittfoot, Huxstr. 18.**

Empfehle zum Weihnachtsfeste:

## Zigarren, Zigaretten, Kau- und Rauchtobak.

Carl Dose, Zigarrenfabrik, Gloginstraße 16.

Süßstraße 27. **Zum billigen Laden.** Süßstraße 27.

## Puppen, Puppen, Puppen!

!!! zu staunend billigen Preisen !!!

Spielwaren und Gebrauchsartikel.

Christbaumschmuck.

Weihnachts- und Neujahreskarten.

Größte Auswahl, billigste Preise!

Süßstraße 27. **Zum billigen Laden.** Süßstraße 27.



dringt der gute Ruf, daß man wichtige Qualitäts-Zigarren von edlem Geschmack und herrlichem Aroma stets sehr preiswert kauft im

Zigarren-Versand-Haus

**Ludwig Hartwig, Obertrabe 8.**

En gros- und Kisten-Verkauf im Lager 1. Etage.

7/8 per Post frei, Garantie Zurücknahme.

Spezialität: 5- und 6-Pfg.-Zigarren für Wiederverkäufer.

## Ausnahmepreis für unsere Leser!



## Kapt. Marryats Werke.

Neue illustrierte Pracht-Ausgabe.

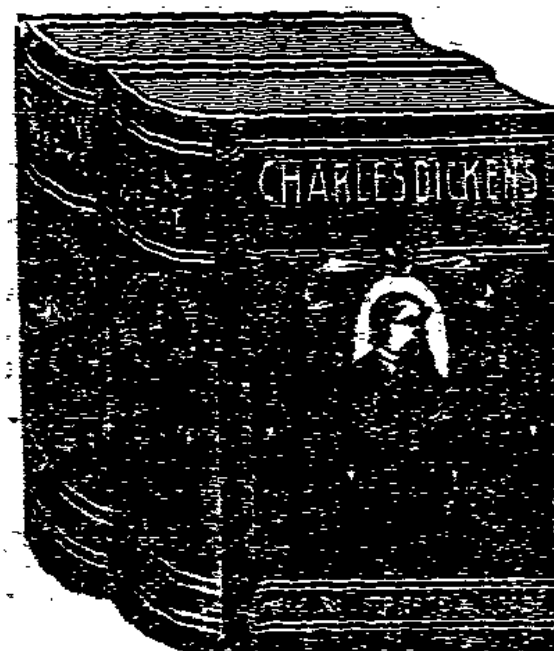
Aus dem Inhalt heben wir nur einiges hervor: Jacob Ehrlich Peter Sempel. — Der Pirat. — Das Gespensterschiff. — Drei Kutter Wilddieb.

Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände zu dem billigen Preise von

**nur Mark 3.—**



## Charles Dickens

Auswahl seiner besten Schriften in einer illustrierten Pracht-Ausgabe.

Reichhaltiger, hochinteressanter Inhalt.

2 elegante Pracht-Bände, großes Format.

Beide Bände eleg. geb. zu dem billigen Preise von

**nur Mark 3.—**

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.

**Wilhelm Rafoth** Untertrave 113.

## Weine u. Spirituosen

in jeder Preislage und in nur besten Qualitäten.

Anerkannt wird überall die Haltbarkeit u. Billigkeit mein. Schokolade und Nougatschokolade. Süßerei G. Löhner, Gloginstr. 72 I.

Zum Weihnachtsfest empfehle frische Erbsen, Bohnen, Nal, Lachs, Strauchkuchen, Nougats.

Schwarze, Eisenstr. 15.

**Weine, Spirituosen u. Liköre** in jeder Preislage empfiehlt

## J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgehandelt werden. Gegetränke aller Art als: Robilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft Fischergr. 52.

Empfehle z. Weihnachtsfeste meine vorzüglichen Zigarren, Zigaretten, Rauch- u. Rauchtobak, in allen Preislagen, nur beste Qualität.

**Franz Lötters, Segebergstr. 2.**

Als Zeitgeschenk empfehle

## Solinger Stahlwaren



sowie meine Holz- und Bürstenwaren. **Friedr. Wichmann,** 46 Süßstraße 46.

## Die Marzipan-Fabrik von M. G. Borbor

24 Breitestrasse 24 empfiehlt ihre Fabrikate in

## Marzipan

verschiedener Aufmachung als:

Torten, Broten, Butter, Wurst etc. etc. zu billigsten Preisen.

## Tannenbaumkonfekt

per Pfd. 1.20—2.00 Mk. Wiederverkäufer gewähre hohen Rabatt.

## Verband der Maler.

## Mitglieder-Versammlung am 21. Dez. 1910

abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Tages-Ordnung:

1. Erstarrkamt.
2. Abrechnung v. Gewerkschaftshaus.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand. Mitgliedsbücher sind voranzuliegen.

## Schwartau-Rensfeld

## Frauen-Versammlung am Freitag, d. 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof Transvaal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Königin Luise in Wahrheit und Dichtung. Referent Genosse W. Bromme.
2. Abrechnung.
3. Verschiedenes.

NB. Die Bibliothek ist geöffnet. Der Vorstand.

## Panorama Breitestr. 53. I., St.

## Tauernbahn von Bad Gastein bis Spittal.

## Stadthallen-theater.

Donnerstag, 22. Dezbr. 7 1/2 Uhr.

## Gastspiel Rudolph Schildkraut v. Deutschen Theater in Berlin mit Ensemble.

Neu! Kättchenbum. Neu! Charakterstudie von Heijermans. Neu! Capriccio mortale. Neu! Komödie von Ludwig Rippert. Neu! Professors erster Ball. Neu! Burleske von Adolf Rölke. Schönte Pr.! Duzende, ungünstig! Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Kohlmarkt 13.

## Neues Stadttheater.

Mittwoch, 21. Dezbr. Abds. 7 Uhr. Außer Abonnement.

## Ermäßigte Mittwochs-Preise.

1. Parkett Mk. 1.50, 2. Parkett Mk. 1.30, Sitzpart. Mk. 1 u. 80 Pfg.

## Dornröschen.

Weihnachtsmärchen in gr. Ballett. Donnerstag, 22. Dezbr. 7 1/2 Uhr. Gewöhnliche Opernpreise.

## Gastspiel Hans Siewert vom Hamburger Stadttheater.

**Der Bohlen u. Coninmann.** Komische Oper von Adam. In Vorbereitung: **Die Meistersinger v. Nürnberg** Oper von Richard Wagner.



Als passendes Weihnachtsgeschenk

empfehle

Fahrräder, Nähmaschinen und Wringmaschinen in grosser Auswahl zu billigen Preisen.

## Th. Vedder, Friedenstr. 1.

Walnüsse, kleine Pfd. 40 Pf.	Haselnüsse, kleine Pfd. 38 Pf.
Walnüsse, große . . . 55 -	Haselnüsse, große . . . 42 -
Paranüsse . . . . . 60 -	Krachmandeln . . . . . 80 -
Feigen, lose . . . . . 25 -	Feigen, . . . Kiste 30 u. 40 -
Datteln . . . . . 35 -	Traubrosinen, Pfd. 90 u. 120 -
Bunter Kakes . . . . . 50 -	la. Konfekt . . . . . Pfd. 95 -
Pfeffernüsse . . . . . 50 -	Marzipan . . . . . 95 -
Afelsinen, Dtzd. 40 u. 55 -	30 St. Weihn.-Lichte 28 -
Gänsebrüste . . Pfd. 1.70 Mk.	Rauchstücke . . . Pfd. 95 -
3 Sorten weins. Aepfel, 1 Pfd. 15 u. 18 Pf., 2 Pfd. 35 Pfg.	

## Eduard Speck, Huxstraße 80-82.

# Zum Weihnachtstfeste

empfehlen

## Bilderbücher und Jugendschriften

in großer Auswahl.

Gewerkschaften und Vereinen zur Kinderbescherung besonders empfohlen und gewähren denselben einen hohen Rabatt.

Buchhandlung von

## Fr. Meyer & Co.

Unsere Kolporteure führen obige Sachen ebenfalls mit.

## Achtung!

# Zentralverband der Maurer!

## Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 21. Dezember 1910, abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Tarifkommission.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Weihnachtsfest am 23. Dezember stattfindet. Ausgabe der Geschenke von 6-8 Uhr.

# Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

# Weihnachtstfest

bestehend in Bescherung für Kinder der Mitglieder, Gesangsvorträgen und Ball,

am Donnerstag, dem 22. Dezember 1910, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wof. Garber. Das Komitee.

NB. Die Bescherung für Kinder findet nur von 6-8 Uhr statt, später kommende können nicht mehr berücksichtigt werden.

# Die Verabschiedung des neuen Beamtenbesoldungsetats.

P. L. In siebenstündiger Sitzung erledigte gestern die Bürgererschaft den Rest der Senatsvorlage betreffend die Erhöhung der Beamtengehälter. Begonnen wurde die Beratung mit einer Generaldebatte über die Festsetzung der Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen. Hier betonten besonders die Vertreter der Lehrerschaft in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Steigezeit des Gehaltes von 27 Jahren, wie der Senat vorsteht, auf 24 Jahre. In diesem Zeitraum soll dann das Höchstgehalt erreicht werden. Die Sozialdemokraten, die das Jünglein an der Wage bildeten, traten gleichfalls für die Herabsetzung der Steigezeit auf 24 Jahre ein; ihnen ist es zu danken, wenn die Wünsche der Lehrer erfüllt wurden, da ihre Stimmen den Ausschlag gaben. Die Lehrerschaft kann mit den Beschlüssen der Bürgererschaft wohl zufrieden sein. Sie verbessert ihr Gehalt recht erheblich.

Eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen, die alle eine über die Senatsvorlage hinausgehende Besoldungserhöhung der verschiedensten höheren Beamten und Beamtengruppen bezweckten, wurden dann bei den diversen Klassen gestellt und von den Interessenten und deren freiwilligen Anwälten mit möglichster Breite und Umständlichkeit begründet. Fast alle Redner leiteten ihre mehr oder minder überflüssigen Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß sie sich kurz fassen wollten, um dann sich selbst Lügen zu strafen. Auch die Rivalität zwischen Richtern und Oberlehrern nahm in der Erörterung einen großen Raum ein. Von „Gerechtigkeit“ war auch häufig die Rede, namentlich wenn es galt, für Beamte, die schon nach der Senatsvorlage viele hundert Mark Zulage erhalten sollten, noch weit mehr herauszuschlagen. Dieselben Leute, die hier das Wort Gerechtigkeit mißbrauchten, hatten meistens aus „Gerechtigkeitsgefühl“ die Verbesserungsanträge für die unteren Beamten abgelehnt. Ja, Bauer, das war auch ganz etwas anderes.

Die meisten der gestellten Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Schließlich wurde die ganze Senatsvorlage mit den beschlossenen Abänderungen angenommen.

Die Beamten erhalten also eine Erhöhung ihrer Bezüge. Wie sieht es nun mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen und staatlichen Arbeiter?

Auf Antrag Lippert wurde beschlossen, den Senat zu ersuchen, den Beamten baldmöglichst eine Abschlagszahlung auf ihre Gehaltserhöhung zu gewähren. Der Senat hat allerdings wiederholt betont, daß er nicht geneigt ist, darauf einzugehen.

Endlich, gegen 1 Uhr nachts, wurde noch ein von Dr. Götz und 72 Mitgliedern der Bürgererschaft gestelltes Ersuchen auf Einführung einer Hinterbliebenenversicherung für die Mitglieder des Senats dem Bürgerausschuß überwiesen. Den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratie zu diesem sonderbaren „Ersuchen“, das trotz der Ausführungen von Dr. Götz nichts als eine abgekartete Sache ist, vertrat in kurzen Worten Genosse Löwig. Dann erfolgte Schluß der schier endlosen Sitzung.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 20. Dezember.

Lübische Geschichten und Sagen, gesammelt von Professor Deede, ist soeben in 5. Auflage im Verlage von Max Schmidt in Lübeck erschienen. Ein starker, gefällig ausgestatteter Band ist es, der die Bekanntheit mit 233 Geschichten und Sagen aus der wechselvollen Vergangenheit Lübecks vermittelt. Über den Wert dieser Sagen äußerte sich Deede selbst treffend im Dezember 1851 in den „Lübischen Blättern“: „Ich will nicht davon reden, wie man in neueren Tagen die Geschichte gemißbraucht und dadurch absichtlich irre geleitet hat und noch irreleitet. So glaube ich denn nicht ganz unrecht zu haben, wenn ich der Ansicht bin, daß — trotz aller Sonderbarkeit — in der vom Volke selbst produzierten Geschichte, d. h. in seinen Historien und Sagen mehr sittliche Kraft und mehr Geist der Wahrheit sich erhalten habe, als in manchen höchst profanen Geschichtswerken der Neuzeit“. Die vorliegende fünfte Auflage der interessanten Sammlung ist dadurch noch wertvoller geworden, daß ihr von dem Beamten der Stadtbibliothek, Herrn Heintz, Woherer, wesentlich vervollständigte Quellenangaben sowie Literaturnachweise beigegeben sind. Wir wünschen dem trefflichen Buche weiteste Verbreitung.

In einer Besichtigung des Neubaus der Commerzbank hatte deren Direktion die Vertreter der Presse für heute morgen 9 Uhr eingeladen. Dieser Einladung folgte auch die Redaktion des „Lübischen Volksboten“. Allgemein wurden die von den Architekten Bielenberg und Moser geschaffenen Räumlichkeiten sowie die getroffenen Einrichtungen als außerordentlich praktisch und zweckentsprechend anerkannt. Die Fassade vom Kohlmartt gliedert sich dem dortigen Straßenbilde aufs beste ein. Durch das rechtsseitige Hauptportal betritt man das bei aller Eleganz in keiner Weise übertriebene Treppenhäus, das Vestibül, von welchem aus sich die verschiedenen Wege in die Direktionszimmer, Säle für die Aufsichtsratsitzungen, sonstige Konferenzzimmer und zu der Haupt- und Kassenhalle abzwiegen. Der im Vestibül errichtete Marmorbrunnen erhöht den freundlichen Eindruck der Räume und gibt der Luft eine angenehme Frische. Der Haupt- und Kassenraum, in welchem sich das eigentliche Geschäftsleben abwickelt, ist so angelegt, daß selbst bei einer erheblichen Vergrößerung der Geschäfte die Räume für Jahre ausreichen werden. Sollte aber eine Vergrößerung notwendig werden, so ist von den Architekten Vorjorge dahin getroffen, daß die oberen zu Privatwohnungen benutzten Räume ohne Umbau für die Bankzwecke benutzt werden können. Daß die Kassenräume mit allen für das Publikum irgend erdenklichen Bequemlichkeiten ausgestattet sind, versteht sich am Rande. Durch die Direktions- und Beratungskammern, die durch einfache, aber mit kunstvollen Holzbildhauerarbeiten ausgestatteten Wandtäfelungen angenehm ins Auge fallen, begeben wir uns in die unteren Räume der Bank. Hier finden wir zunächst die Telephonzentrale, zu deren Bedienung ständig ein Beamter angestellt ist. Von dort gelangen wir zu den Tresors, die selbstverständlich mit allen Schikanen der Neuzeit ausgestattet sind. Das vor den einzelnen Fächern angebrachte Schloß kann nach jedem dort befindlichen Schlüssel besonders eingestellt werden. Es ist dies das sogenannte, von einer Berliner Firma hergestellte Ideal-Schloß, das Neueste auf diesem Gebiete. Auch die zu den Tresors führende Haupterschließung wird auch selbst den

mit Sauerstoff-Apparaten ausgerüsteten Spitzböben stand halten, da, selbst wenn das Schloß von ihnen herausgeschnitten werden sollte, eine feine Borrichtung dafür sorgt, daß eine neue Sicherung in Tätigkeit tritt. Die Tresors sind von einem Kontrollgang umgeben, welcher von jedem Punkte des Ganges insolge der dort angebrachten Spiegel durch den kontrollierenden Beamten in seiner ganzen Ausdehnung übersehen werden kann. Daß auch die unteren Räume mit allen für den Verkehr des Publikums nötigen Bequemlichkeiten ausgerüstet sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Ebenso selbstverständlich ist es auch, daß sämtliche Räume mit Zentralheizung und elektrischem Licht, das von kunstvollen Kronen herabflutet, versehen sind. Beim Verlassen des Gebäudes wurde uns noch die elektrische Alarmvorrichtung vorgeführt. Es erkante durch sämtliche Räume ein ohrenbetäubendes Läuten und plötzlich sah man die Tür des Haupteinganges sich schließen. Wenn einmal Diebe in der Want ihr Handwerk ausüben wollen und dabei ertrappt werden, befinden sie sich auf diese Weise in der Falle, aus der sie nicht herauskönnen.

**Handelsregister.** Am 19. Dezember 1910 ist eingetragen bei der Firma L. Beck u. Passarge, Lübecker Granitindustrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck. Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Oktober 1910 aufgelöst. Durch das Gesetz sind als Liquidatoren die beiden Geschäftsführer H. A. Töbe und G. P. Witte, beide in Lübeck berufen. Töbe ist als Liquidator ausgeschlossen. Witte ist nunmehr alleiniger Liquidator.

**Geographie schwach!** Gestern morgen gegen 4 1/2 Uhr feuerte ein Bewohner der Kahlhorststraße jedenfalls in einem Dämmerungszustande statt nach Süden nach Norden und lief beim großen Krach auf der Wallhalbinsel direkt in die Traue. Durch die lauten Hilferufe herbeigerufene Zollbeamte und dem Führer der Strukturfähre gelang es nach längerer Zeit, den Verunglückten, welcher sich an einem Schiffsprahm festhielt, halb erstickt dem nassen Element zu entreißen. Von mehreren Schutzleuten wurde er zunächst zur Burgtorwache geleitet.

**Einbruchdiebstahl.** Aus einem Zimmer des dritten Stocks des Hauses Percivalstraße 37 sind am 18. dieses Mts. folgende Kleidungsstücke mittels Einbruchs gestohlen worden: 1 auf Seide gearbeiteter schwarzer Herren-Winterüberzieher mit Lederpatten und Stofftragen, 1 schwarzer Gehrock, auf Seide gearbeitet. In beiden Kleidungsstücken befindet sich die Firma des Lieferanten „H. Pels u. Co. Rotterdam“, 1 grauer Kapptarton mit vier kleiner Knabenblusen aus Kadettenstoff gefertigt.

**pb. Eine Baubude beschlössen.** Aus einer Baubude des Neubaus an der Breitenstraße-Fischergrubenecke ist in der Nacht vom 14. zum 15. ds. Mts. ein etwa 40 cm langes Brecheisen und ein Stemmeisen mittels Einbruchs gestohlen worden.

**pb. Ein schwerer Betrüger.** Festgenommen wurde ein Neger, der angeblich aus Philadelphia hierhergekommen ist, wegen Betruges. Er erkundigte sich auf dem hiesigen Bahnhofe von einem Schloffer aus Rageburg 15 Mk.

**pb. Verhaftung.** Ein hiesiger Arbeiter, der sich des Diebstahls zum Nachteil eines Chemikers schuldig machte, wurde festgenommen.



## Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das ihr trinkt, verleiht ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu eurer Knechtung und, was noch schlimmer ist,

ihr betrügt euch selbst.

## Jeder Alkoholenuss ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und den Marinismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alkoholenuss. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eignen Fesseln binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihren Klassegegnern aus durch den Alkoholenuss!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefaßten Resolution.



**Stadthallentheater.** Man schreibt uns: Am Donnerstags, abends 7 1/2 Uhr findet ein Gastspiel von Rudolf Schildkraut mit Ensemble statt. — Schildkraut gilt gegenwärtig mit Recht als einer der besten deutschen Schauspielere. Er macht z. Bt. bekanntlich mit einem Ensemble allererster Darsteller eine Gastspielreise durch Deutschland, bei der er geradezu sensationelle Erfolge erzielt. Er gibt zwei von Ludwig Rippert und H. Heijermans eigens für ihn geschriebene Stücke. Die Aufnahme, die er überall gefunden, berechtigt, seinem hiesigen, am Donnerstags, 22. Dezember, stattfindenden Gastspiel mit großen Erwartungen entgegenzusehen.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, arsnahmsweise abends 7 Uhr, geht das Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ bei ermäßigten Mittwochs-Preisen in Szene. — Am Donnerstag findet ein nachmaliges Gastspiel des Herrn Hans Siewert vom Hamburger Stadttheater in der Titelrolle von Adams reizvoller Oper „Der Postillon von Conjumeau“ bei gewöhnlichen Opernpreisen statt.

**Schwartau.** Eine Frauenversammlung findet am Freitag, abends 8 1/2 Uhr statt. Genosse Bromme hält einen Vortrag über: Königin Luise in Wahrheit und Dichtung. Die Genossinnen werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

**Lüdersdorf.** Großfeuer. Am Sonntag morgen erscholl Feuerlärm und die Wehr für Lüdersdorf und Wahlfow rückte bald darauf aus. Ein großer Feuerschein zeigte bei Tagesgrauen an, daß das Feuer in dem nahen Dorfe Balingen war. Es brannte die mit Stroh bedachte Scheune des Fuhrers Meschens bis auf das massive Mauerwerk nieder.

**Hamburg.** Großfeuer auf einem Boermann-Dampfer. Der Dampfer „Alexandra Boermann“, der am 18. d. M. hier eingetroffen war und am Peterstraße festgemacht hatte, wurde in der Nacht zum Montag von einer Feuersbrunst heimgesucht, die das Schiff in schwere Gefahr

brachte. Als der an Bord befindliche Wach-Offizier das Feuer wahrnahm, hatte es bereits großen Umfang angenommen. Zwischen 1. und 2. Kajüte waren in Flammen eingehüllt, die auch bereits die Kohlenbunker ergriffen hatten. Die Ladung, Palmöl in Fässern, war bereits bis auf den zweiten Raum entleert. Die Feuerwehrröhre mit Wasserstand von zwei Fäßdampfem große Wassermengen in die Räume hinein. Durch die hineingeleitete große Wassermenge legte sich das Schiff im Winkel von 20 Grad auf die Seite und geriet in Gefahr, umzukippen. Das Schiff wurde deshalb durch an den Masten befestigte Trossen noch besonders festgelegt und das Wasser wieder ausgepumpt. Die Löscharbeit wurde die ganze Nacht fortgesetzt. Wohlkäudig ausgebrannt sind die Rauch-, Speise- und Schreibsalons der ersten Kajüte, ferner zahlreiche Kabinen, Stewardskammer, das Kartenzimmer, die Deckaufbauten und das Zwischendeck bis zum Maschinenraum. — Die Margarinevergiftungsaffäre ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Durch die Untersuchung ist nunmehr festgestellt worden, daß die Marke „Bada“ das englische Pflanzengift Kardamom enthält, das, wo diese Margarine in frischem Zustande geöffnet wurde, nur leichtere Erkrankungen hervorgerufen hat, während schwerere Erkrankungen hauptsächlich im Inlande zu verzeichnen waren, wo die Konsumenten die Marken „Louisa“ und „Frischer Mohr“, die das gleiche Pflanzengift enthalten, erst nach geraumer Zeit gegessen haben. Die chemische Untersuchung der Marken hat ergeben, daß je älter das Produkt ist, umso nachteiliger das Gift auf den Organismus des Genießenden wirkt. Die hier verordneten Versuchstiere erkrankten nach der Verabreichung von Bada nur leicht, während sie nach dem Genuß der beiden anderen Margarinemarken kreppten. Nach dem Inlande hat die Firma fast täglich 6000-8000 Pakete der „Louisa“ und „Frischer Mohr“ versandt, die erst geraume Zeit nach der Fabrikation in die Hände der Konsumenten gelangten und deshalb gefährlichere Erkrankungen zur Folge hatten.

**Hamburg.** Todessturz beim Fensterputzen. Beim Reinigen der Fenster in ihrer in der zweiten Etage des Hauses Rehmstraße 8 befindlichen Wohnung verlor am Sonnabend abend die Ehefrau Grünwald das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Die Unglückliche war auf der Stelle tot. — Ein entsetzliches Brandunglück, bei dem eine Frau ihr Leben verlor, ereignete sich am Montag vormittag kurz nach 10 1/2 Uhr in einer Wohnung des Hauses Mohlenhoffstraße 34. Dort wollte die bejahrte Frau Betty Binder im Ofen Feuer entfachen und goß aus einer Ranne Petroleum in die noch glimmenden Kohlen. Das Petroleum explodierte und im Nu stand die Frau in Flammen. In ihrer Angst warf sie sich aufs Bett, in dem ihre Enkelkinder im Alter von zwei Monaten und drei Jahren lagen. Hierdurch geriet das Bett in Brand. Auf das Hilferufen der Frau und der Kinder eilten Nachbarn in die Wohnung und erstickten die Flammen. Die Frau hatte so schwere Brandwunden erlitten, daß sie unter den Händen der angerückten Feuerwehrmannschaft vom zehnten Zuge starb. Die Kinder, die glücklicherweise nur leichte Brandwunden erlitten hatten, wurden mit Notverbänden versehen. — Im Kampf mit den Stürmen. Bei dem Sturmwehler der letzten Tage wurden besonders hart die Inseln der Nordsee mitgenommen; zwischen Helgoland und Westerland ist ein Fischerboot untergegangen, die gesamte Mannschaft ist ertrunken. Im Kanal wurden Sonntag eine große Menge schwimmender Wracks angetroffen. — Sonntag nachmittag ist unweit der Rüste von Amrum auf dem Jungmannland der spanische Dampfer „Arctiola Mendis“ gestrandet. Er war mit einer Ladung Baumwolle von Wilmington in Nordamerika nach Bremen unterwegs und ist mit Schmelz hoch aufgeladent. Seine Lage ist nicht ungefährlich, zumal man befürchtet, daß er leck werden wird. — Schleppdampfer beim Dampfer. — Wie aus Carhanen gemeldet wird, ist Sonntag abend auf Hörnum ein unbekannter Dampfer gestrandet. Drei Schlepper sind zur Hilfeleistung an Ort und Stelle.

**Kiel.** Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Freitag im Jagdgebiet des Gutes Bosen. Auf dem von den Jägern abgestellten Wagen löste sich ein Schuß, und die ganze Schrotladung drang dem hinter dem Wagen einhergehenden 17jährigen Forstleuten Kleischen in die Schulter. Der Betroffene ist inzwischen gestorben.

**Jzehoc.** Schwere Schlägerei. Bei einer Schlägerei in Sachdoun wurde der Maschinist Franz Anders durch zwei Revolvergeschosse getötet. Der Täter wurde verhaftet. Drei weitere Arbeiter trugen erhebliche Schuß- und Stichwunden davon.

**Schwerin.** Staatskonflikt in Mecklenburg. Die bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, die in Mecklenburg als Landtag bezeichnet wird, ist mit der Regierung in einen schweren Konflikt geraten. Der Landtag hat die als Besteuerung zu den Kosten des Landesregiments verlangten 1.800.000 Mk. abgelehnt und nur 1.200.000 Mk. bewilligt. Die Regierung hat nun an den Landtag ein Reskript ergangen lassen, in dem betont wird:

Es wird dringend eine Verständigung in bezug auf die Verfassungsreform gefordert, um das Land vor schweren Verfassungskonflikten zu bewahren. Würden die Verhandlungen betreffend die Verfassungsreform scheitern, so steht die Regierung nur den Weg offen, die Kosten des Landesregiments entweder aus dem angelammelten Dominialkapitalfonds (der rund 75 Millionen Mark beträgt) oder in den landlichen Bauernstellen besteht) oder aus einer Anleihe zu decken. Die Verantwortung für diese unwirtschaftliche Maßnahme weist die Regierung aber dem Landtage zu, der die zurzeit für notwendig erklärte Verfassungsreform hindert.

Die mecklenburgische Regierung ist in einer ganz eigenartigen Lage, denn eine Auflösung des Landtages hätte keinen Sinn, weil der Landtag nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, sondern ein reines privilegiertes Parlament darstellt, an dessen Zusammensetzung eine Auflösung wenig oder gar nichts ändern würde.

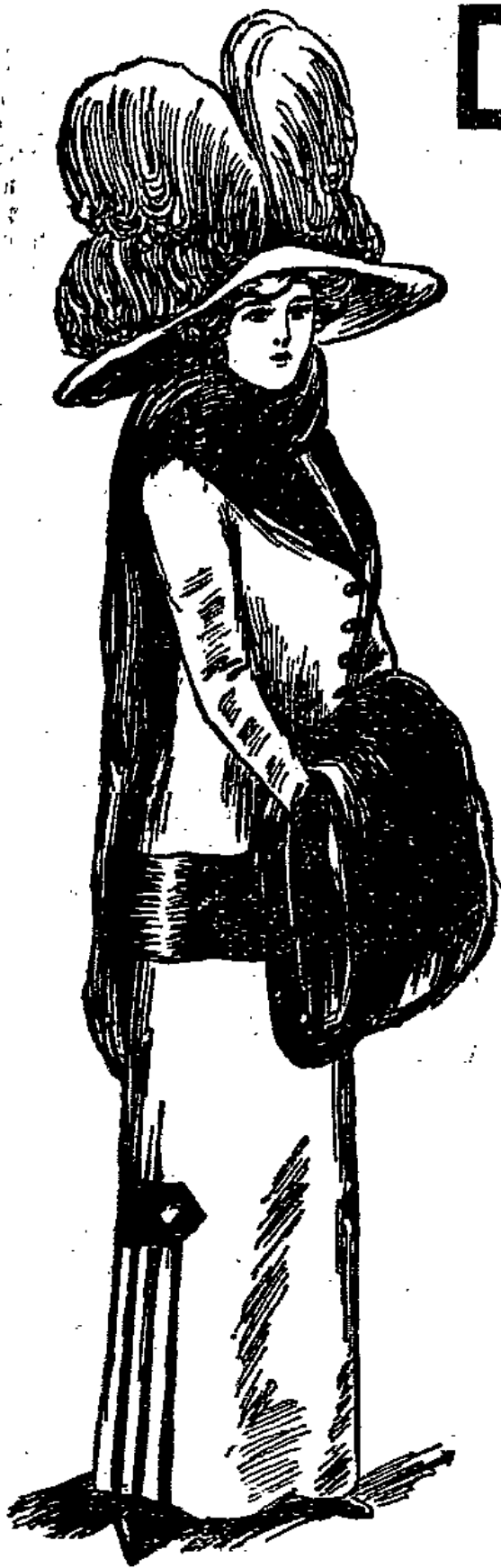
## Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:  
Durch Schauerleute vom Dampfer „Zar“ . . . 1.00 Mk.  
Friedr. Meyer u. Co.

Für die Kinder der streikenden Berlmutternopfmacher in Frankenhäusen gingen bei uns ein:  
Von den organisierten Arbeitern der Firma  
Lüders u. Stange, Abt. Flußschiffahrt . . . 9.50 Mk.  
Redaktion des „Lüb. Volksboten“.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# DAMEN-KONFEKTION



Während meiner letzten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit, grosse Partien **Damen-Konfektion** weit unter Preis zu erwerben. Es sind dies die neuesten Formen in prima Stoffen und schicker Machart. Um meiner werten Kundschaft etwas ganz Besonderes für den Weihnachtsbedarf zu bieten, und um das grosse Quantum schnell zu räumen, stelle ich die Ware in nachfolgenden Serien zu kolossal billigen Preisen zum Verkauf.

<b>3 Serien Kostüme</b> vorwiegend blau Kammgarn . . . . .	Serie I <b>19.75</b>	Serie II <b>27.50</b>	Serie III <b>38.50</b>
<b>3 Serien Blusen</b> reine Wolle, ganz auf Futter . . . . .	Serie I <b>5.75</b>	Serie II <b>6.95</b>	Serie III <b>8.75</b>
<b>3 Serien Kostümröcke</b> in schwarz, marine und farbig . . . . .	Serie I <b>4.95</b>	Serie II <b>7.65</b>	Serie III <b>11.75</b>
<b>3 Serien Backfisch-Paletots</b> moderne englische Stoffarten . . . . .	Serie I <b>6.95</b>	Serie II <b>8.50</b>	Serie III <b>11.75</b>
<b>3 Serien Frauen-Paletots</b> schwarz Tuch, anliegende und Geisha-Form . . . . .	Serie I <b>16.95</b>	Serie II <b>19.50</b>	Serie III <b>23.50</b>
<b>3 Serien Farbige Paletots</b> marineblau und englische Stoffe . . . . .	Serie I <b>9.50</b>	Serie II <b>13.50</b>	Serie III <b>17.50</b>
<b>3 Serien Kinder-Kleider</b> reine Wolle, ganz auf Futter, f. d. Alt. v. 6—15 Jahren.	Serie I <b>8.25</b>	Serie II <b>9.85</b>	Serie III <b>12.50</b>
<b>3 Serien Kinder-Kleider</b> reinwoll. Trikotstoff. für das Alter v. 2—5 Jahren	Serie I <b>3.25</b>	Serie II <b>3.45</b>	Serie III <b>3.65</b>
<b>B Serien Mädchen-Kleider</b> in hellen, waschechten Stoffen, hübsche Machart .	Serie I <b>5.85</b>	Serie II <b>6.95</b>	Serie III <b>8.25</b>

**Außerordentlich billig!**

Enormer Posten **Kinder-Paletots**  
engl. lang, moderne Form  
Größe 1—7 durchschnittlich  
jeder Paletot **5.95 Mk.**

Enormer Posten **Frauenröcke**  
extra weit, mit eingeleger Falte,  
in soliden englischen Stoffarten  
jeder Rock zum Aussuchen **8.85 Mk.**

Ein Posten **Velour-Blusen**  
solide, haltbare Qualität  
in allen Größen am Lager  
jede Bluse **1.95 Mk.**

## Teppiche

zu besonders billigen Preisen.

8 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Axminster-Teppiche . . . . .	11.50 Mk.	8.75 Mk.	4.95 Mk.
8 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Tapestry-Teppiche . . . . .	14.00 Mk.	12.85 Mk.	10.95 Mk.
8 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Velour-Teppiche . . . . .	17.50 Mk.	11.50 Mk.	9.85 Mk.
10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Axminster-Teppiche . . . . .	25.75 Mk.	18.50 Mk.	14.95 Mk.
10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Tapestry-Teppiche . . . . .	26.00 Mk.	21.50 Mk.	17.50 Mk.
10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Velour-Teppiche . . . . .	32.50 Mk.	28.50 Mk.	24.50 Mk.
12 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Axminster-Teppiche . . . . .	46.50 Mk.	27.85 Mk.	21.75 Mk.
12 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Tapestry-Teppiche . . . . .	37.50 Mk.	33.50 Mk.	24.50 Mk.
12 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Velour-Teppiche . . . . .	49.00 Mk.	42.50 Mk.	35.00 Mk.

**Extra-Angebot.**  
Ein Posten 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Prima Velour-Teppiche  
in besonders schönen Farbenstellungen  
jeder Teppich **19.75 Mk.**

### Größen:

8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> = ca. 135×200 cm  
10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> = ca. 170×240 cm  
12<sup>1</sup>/<sub>4</sub> = ca. 200×300 cm

**Extra-Angebot.**  
Ein Posten Smyrna-imitierte Bettvorlagen  
in besonders schönen Farbenstellungen, Gr. 60×120 cm  
jede Vorlage **2.70 Mk.**

## Herren- und Knaben-Konfektion

Meine Spezial-Abteilung für Herren- u. Knaben-Konfektion bietet Hervorragendes  
in bezug auf gute, moderne haltbare Stoffarten und tadellose Machart.

<b>Herren-Anzüge</b> größtentheils a. Koffhaar gearh.	48 <sup>00</sup>	32 <sup>50</sup>	24 <sup>50</sup>	16 <sup>50</sup>	9 <sup>75</sup> Mk.
<b>Herren-Paletots</b> schönste englische Stoffarten	38 <sup>50</sup>	28 <sup>50</sup>	24 <sup>00</sup>	18 <sup>50</sup>	12 <sup>50</sup> Mk.
<b>Herren-Codenjoppen</b> warm gefüttert . . . . .	21 <sup>50</sup>	14 <sup>75</sup>	10 <sup>50</sup>	7 <sup>75</sup>	5 <sup>95</sup> Mk.

<b>Knaben-Anzüge</b> in schicker Ausführung . . . . .	18 <sup>50</sup>	13 <sup>75</sup>	8 <sup>50</sup>	4 <sup>25</sup>	1 <sup>85</sup> Mk.
<b>Knaben-Paletots</b> Pyjacks und Ulsterform . . . . .	15 <sup>50</sup>	11 <sup>50</sup>	8 <sup>25</sup>	5 <sup>50</sup>	3 <sup>75</sup> Mk.
<b>Knaben-Codenjoppen</b> außerordentlich haltbar . . . . .	8 <sup>75</sup>	5 <sup>95</sup>	4 <sup>75</sup>	3 <sup>45</sup>	2 <sup>45</sup> Mk.

Enormer Posten  
**Knaben-Leibchenhosen**  
in blau, Größe 1—6 . . . . . zum Aussuchen jede Hose **95 Pf.**

Rate  
Lübeck-Marken  
oder 4% bar.

Enormer Posten  
**reinwoll. Sweater** in verschied. Aus-  
führungen und Farben  
für das Alter von 6—15 Jahren, extra prima Qualität  
Serie I **1<sup>80</sup>** Mk. Serie II **2<sup>25</sup>** Mk. Serie III **2<sup>60</sup>** Mk. Serie IV **3<sup>45</sup>** Mk.

Lübeck,  
Königstr. 87-89  
Ecke Wahnstraße.

# Hans Struve

Rendsburg,  
Jungfernstieg 1.



## Ein Klassenjustiz-Urteil in Frankreich.

Am 25. November verurteilte das Schwurgericht zu Rouen in Frankreich den Sekretär der Gewerkschaft der Kohlenverlader, Durand, zum Tode, sowie einen Mitangeklagten zu 15- und zwei andere zu 8jähriger Zwangsarbeit. Die Angeklagten wurden der „Ermordung“ eines Streikbrechers gelegentlich eines Quarbeiterausstandes in Havre bezichtigt. Bei diesem Streik fungierte ein Mann namens Dongé als Arbeitswilliger. In einer Versammlung soll Durand über einen Antrag, durch welchen Dongé „zum Tode verurteilt“ wurde, abstimmen lassen haben, worauf der Antrag einstimmig angenommen worden sei. Kurz darnach wurde Dongé, in betrunkenem Zustande, von gleichfalls betrunkenen Streikenden, die aber an jener Verammlung gar nicht beteiligt waren, in einen Erzbischof verwickelt, bei dem er ums Leben kam.

Das war anfangs September, vier Wochen vor dem Generallstreik, in dessen Verlauf der französische Ministerpräsident an alle Richter und Magistratspersonen ein Rundschreiben richtete, in dem das strengste Einschreiten gegen alle Gewerkschaftsleiter verlangt wurde, die zur Sabotage oder sonstigen Gewalttaten aufforderten. Das ließen sich die Richter von Rouen nicht zweimal sagen. Zwar ergab die gerichtliche Klarstellung des Tatbestandes keinerlei Beweis dafür, daß ein Verstoß geschehen sei, Dongé zu töten. Nur behauptete ein Zeuge, Durand habe erklärt, man werde sich des Dongé zu entledigen wissen. Durand bestritt diese Äußerung und nannte 75 Zeugen, die das Gegenteil beweisen würden. Er hatte aber kein Geld, diese Zeugen von Havre nach Rouen selbst zu laden. Zahlreiche Zeugen, darunter ein Arzt, erklärten, Durand sei selbst Abstinenz und habe in jener Versammlung sehr maßvoll gesprochen. Die Geschworenen sprachen ihn der Tat schuldig, waren aber selbst erstaunt darüber, daß ihr Spruch zu einem Todesurteil des Richters führte.

Dieses ungeheuerliche Urteil gegen einen Gewerkschaftsleiter hat in französischen Gewerkschaftskreisen große Erregung hervorgerufen. Allenhalben finden öffentliche Protestveranstaltungen statt, in denen für den Fall, daß das Urteil nicht aufgehoben werde, der Generallstreik angekündigt wird. Die Witwe des Getöteten hat an den Verteidiger des zum Tode Verurteilten ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Nach Beendigung der Mitternacht Verhandlung fühle ich mich gedrängt, mich denen anzuschließen, die gegen das Urteil protestieren. Ich habe während der Verhandlung mich als Beobachter darauf beschränkt, das Recht meiner Kinder, der Opfer des an meinem unglücklichen Mann begangenen Verstoßes, zu verteidigen und es mir verlag, auch nur die geringste Beschuldigung gegen jemanden zu erheben. Aber ich möchte keinen Anteil an der Verurteilung Durands zum Tode haben, die um so unbegründeter ist, als er wohl gleich anderen, die straflos geblieben sind, unbedachte Worte geäußert, aber doch nicht selbst Gewalt geübt hat. Ich bin selbst Arbeiterin und wünsche das Gnabengesuch für Durand zu unterzeichnen. Es wäre mir ein Trost in meinem Unglück, zu hoffen, daß alle Welt verstehen wird, daß ich, indem ich für meine Töchterchen vor Gericht pflichtgemäß Ersuchen stellte, doch auch die Pflicht empfand, nicht zu verpassen, daß ich selbst der Welt der Ar-

beiter angehöre, die so mühselig um ein Stückchen Brot mehr und um etwas harte Behandlung weniger ringen.“

Diese einfache Arbeiterin beschämt die gesamte bürgerliche Presse Frankreichs, die auf das eifrigste bemüht ist, den bedauerlichen Totschlag nach allen Regeln der Kunst politisch gegen die Arbeiterklasse auszuschlachten.

Aber die französische Arbeiterschaft steht nicht allein mit ihrem Protest. Die deutschen Gewerkschaften schließen sich ihnen an in der Verurteilung des ungeheuerlichen Justizverbrechens. Wir verurteilen nicht minder scharf wie unsere französischen Genossen die unglückselige Tat, die der Sache des Proletariats niemals Vorteil, sondern nur Unheil bringen kann. Aber tausendmal schlimmer als diese unsinnige Tat ist das Verbrechen, kaltblütig von Rechts wegen einen Unschuldigen zum Mörder zu stempeln, weil er Leiter des Streiks war, während dessen der Totschlag sich ereignete. Das fordert den Protest jedes rechtlich denkenden Menschen heraus.

Die deutschen Gewerkschaften wissen sich um so mehr einig mit den Gefühlen ihrer französischen Genossen, als auch in Deutschland vor 11 Jahren der Verstoß gemacht wurde, die Gewerkschaftsleiter für alle Gesetzesübertretungen, die im Verlauf eines Streiks vorkämen, strafrechtlich haftbar zu machen, und die damals erfolglos gebliebenen Anstrengungen jetzt nach den Vorgängen in Noabit mit verstärktem Eifer wieder aufgenommen werden. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat deshalb an die Confédération Générale du Travail in Frankreich ein öffentliches Schreiben gerichtet, das der französischen Arbeiterschaft zu ihrer Protestbewegung gegen das Urteil von Rouen die volle Sympathie der deutschen Gewerkschaften übermitteln. Das Schreiben lautet:

„Die G. d. G. D. hat aus der Arbeiterpresse Frankreichs und aus dem Berichte der G. d. T. Kenntnis genommen von dem Urteil der Jury des Seine-Departements gegen den Genossen Durand, das in bisher noch nicht erreichter Weise die Klassenjustiz zum Ausdruck bringt. Sie hat auch Kenntnis genommen von dem Protest der organisierten Arbeiterschaft Frankreichs gegen dieses unerhörte Urteil.“

Sie schließt sich im Namen der von ihr vertretenen organisierten Arbeiterschaft Deutschlands aus vollem Herzen und in vollster Überzeugung diesem Proteste an.

Sie kann dies um so mehr tun, als auch in Deutschland mehr als bisher der Versuch gemacht wird, die Leiter der Gewerkschaften für einzelne bei Streiks zu verzeichnende verurteilungswürdige Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Frankreich galt bis zu dem Tage des Urteils von Rouen als das Land, in welchem die Richter nach der ermittelten Straftat des Angeklagten und nicht im Interesse der Unternehmer, welche die Arbeiter zum Streik zwingen, urteilten. Wird das Urteil von Rouen aufrecht erhalten, so wird dieses Renommee Frankreichs nicht nur verloren sein, sondern in allen anderen Ländern wird man bei der Begründung von Zwangsmaßnahmen gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften auf das Beispiel verweisen, daß die Richter im republikanischen Frankreich gegeben haben. Deswegen muß und wird auch die Arbeiterschaft Deutschlands Protest dagegen erheben, daß die Richter sich vollständig in den Dienst des Unternehmertums stellen und durch Urteile, wie das von

Rouen, die Arbeiter zu verhindern suchen, durch Einstellung der Arbeit höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen und sich einen größeren Anteil an dem Ertrage der von ihnen geleisteten Arbeit zu sichern.

Die Arbeiter Deutschlands werden sich in ihrer Presse und in Verammlungen diesem Proteste anschließen, den wir in vollem Einverständnis mit den uns angeschlossenen Organisationen erheben.

Wir versichern die Gewerkschaften Frankreichs unserer vollsten Sympathie und sind überzeugt, daß sie die gegenwärtige Reaktionsperiode nicht nur überdauern werden, sondern, nach ihrer Überwindung, der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampfe den vollen Sieg erringen helfen.“

Mit brüderlichen Grüßen  
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die „Bued-Spende“. In der Chemnitzer „Volksstimme“ wird ein Geheimzirkular des Direktors Junk von der Maschinenfabrik v. a. m. Rich. Hartmann veröffentlicht, das zu Beiträgen für die „Bued-Spende“ auffordert. (Neben dem einen Millionenfonds, auch Futuratum genannt, der für die kommenden Reichstagswahlen bestimmt ist, soll der andere Millionenfonds, die „Bued-Spende“, hauptsächlich für die wirtschaftlichen Zwecke des Zentralverbandes der Industriellen Verwendung finden.) Aus dem Geheimzirkular geht hervor, wer die hauptsächlichsten Spender sind. Es heißt da:

Schon in erfreulicherweise ein erheblicher Beitrag für die „Bued-Spende“ in Aussicht gestellt: die in der Bechenbesterversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats am 17. September d. J. anwesend gewesenen Bechenbesitzer haben ausnahmslos dem Vorschlage des Aufsichtsrats des Syndikats zugestimmt, dem Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller für diesen Zweck einen Beitrag bis zu 250 000 Mk. zur Verfügung zu stellen, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch die übrigen in Frage kommenden Verbände, Einzelunternehmungen und persönlichen Mitglieder entsprechend angemessene Leistungen übernehmen.

Es haben u. a. bereits gezeichnet:

Friedrich Krupp	50 000 Mk.
Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft	40 000
Gutehoffnungshütte	20 000
Boesch, Dortmund	10 000
Maschinenfabrik Chemnitz	10 000
Kappel	10 000
Kommernrat Vogel, Chemnitz	10 000

Meine Firma wird sich gleichfalls mit einem Betrage von 10 000 Mk. an der Spende beteiligen.“

Wie die gezeichneten Beträge zeigen, lassen es sich die Herren, die für Arbeiterförderungen nur „Sohn und weiße Salbe“ übrig haben, etwas kosten, wenn es gilt, einen Scharfmacherfonds zu schaffen. Auch Unternehmer haben allein im Handumdrehen 400 000 Mk. für den neuesten Korruptionfonds gezeichnet. Wo bleiben da die Beweise, daß auch die bescheidensten Forderungen der Arbeiter „unerfüllbar“ sind?

Regelung der Arbeitszeit in den Anwaltsbüros. Einen bemerkenswerten Erfolg hat die vom Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin, Linienstraße 8) geleitete Bewegung der Berliner Anwaltsangeestellten gebracht wegen Verfürgung der bisher zehn- und zwölfstündigen Arbeitszeit. Der Berliner Anwaltsverein, der sich früher auf keinerlei Verhandlungen mit der Organisation einlassen wollte, hat nicht nur mit dem Verband verhandelt, sondern jetzt auch

## Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(19. Fortsetzung.)

Herr von Plümeran hatte vor Jahren in den alten Turm eine Treppe hineingebaut und in demselben einige Abteilungen, gleichsam Stagen, angelegt. Uralte Reste waren da mit neuem zusammen verbunden. In dem größten Raume, gleichsam einem Saale, waren allerhand Altertümer und Reliquien aufgehäuft. Man sah da eine Rüstung, wie der Burgherr wollte, die von Claus Plümeran; dann einen Degen aus der dreißigjährigen Kriegszeit, der jedoch ein ägyptisch Schwert genannt wurde und von dem die Sage ging, daß ein Plümeran solchen dem Sultan Saladin abgenommen. Unter einer Wirtel mit Räderloch hing ein Paar Fischersiefel, welche der Friedländer vor Straßburg getragen haben so te, und ein Paar alte preussische Kürassierhandschuhe galten für die Handschuhe, welche in alten Zeiten die Plümerans bei Turnieren und Kampfaufforderungen hingeworfen hatten. Weiterhin sah man einen defekten Gebärhül, als ein spanisch Marterinstrument klassifiziert, eine Fähnrichsuniform aus des alten Fritz Zeit und ein brokates Gewand, welches die Mutter des Burgherrn auf ihrer Hochzeit getragen hatte.

In dieses Heiligum, welches durch verschiedene Riegel und Eisenstangen von der Außenwelt abgeperrt war, trat Herr von Plümeran. Er kam oft hierher; es war sein Lieblingsplätzchen, sein Sanssouci. Mit dem eisernen Stab stieß er gegen die Mauern, als wolle er die Festigkeit derselben erproben. Dann trat er zu der Rüstung seines Ahnherrn, nahm den Helm und setzte ihn sich auf den Kopf. Ein alter, großer, mit buntem Schnörkelrahmen gezielter Spiegel hing an der Wand; vor diesen stellte sich der Burgherr, um zu sehen, wie die Waffe ihn kleide. „Ein wahrer Mannes-schmuck“, rief er aus, „das ist ein besserer Schutz, als so ein Kopfschilde von heute!“ Einen Teil der Rüstung nach dem anderen nahm er jetzt von den Haken herab und begann sich dieselben anzulegen. Die Weinschienen machten ihm besonders Schweiß und Kummer und Schrammen, aber endlich wurde auch ihre Widerpenigkeit besiegt, und nun stand der Ritter in voller Rüstung da, von unten bis oben Eisen. Seine Linde hielt den Schild, seine Rechte schwenkte das Schwert Saladins.

„Das waren noch goldene Zeiten“, jagte der Ritter, „indem er eine Fledermaus mit dem Degen spießte, das waren noch goldene Zeiten, als ein solcher Waffenschmuck von einem braven Mann getragen, Anwartschaft auf die Beherr-

schaft der Welt gab. Da konnte noch nicht jeder feige Dube, der eine Muskete trägt, hinterücks den besten Mann vom Hof herabknallen. Ich wollte, es wäre dem Barthold Schwarz sein Mörkertögel durchs Gehirn gefahren, als ers Schießpulver erkand, es wäre dann der Welt die Tapferkeit bewahrt worden!“

„In welcher erbärmlichen, verunkelten und verunkelten Zeit leben wir! Unsere Vorfahren ritten nach Italien, nach Konstantinopel und Jerusalem, um Königtümer und Kaiserreiche zu erobern; wir reiten zum Antonitermin nach Rostock und hochgen und scharmenseln bei schmierigen Rechtsverdrehern nach Hypotheken herum. Unsere Vorfahren spießten Wahren und spalteten Lürken; wir statt dessen fangen Krametsvögel, schießen Hasen und hegen, wenns hoch kommt, einen Fuchs. Unsere Vorfahren kämpften auf Turnieren und Ringreiten um den Dank aus zarter, schöner, adeliger Frauen Hände; wir spielen Phomhre zum Schilling- und Whitt um einen Groschen und behängen uns mit jämmerlichen Fürsten- und Rotillon-Orben. Unsere Vorfahren hatten Bauern; wir sind selber Bauern geworden. Ihr Leben drehte sich um Ritterschlag, Turnierpreise, um Schild und Helmzier, um Adel und Ehre. Das ungerie dreht sich darum: Fähne zu kapauen, Wöcke zu hameln, Adelswasser auf Wiesen zu leiten, dreht sich um Ackerklage und Vieh und Kornpreise! — Wohin man sieht, drängt 's gemeine Volk sich ein. Schon sind die Hälfte aller Güter im Lande in den Händen von Bürgerlichen. Und wie viel wirklicher Adel ist denn noch unter dem, was Adel genannt wird? Von zwei Dritteln kennt mans Datum ihres Wappenbriefs und weiß auf den Heller was das „Von“ ihnen gekostet. — Wenn ich als Kind mit meinem Vater aufs Dach dieses Turmes stieg, dann sagte er und zeigte mir: da wohnen die Gamms, dort die Brighuwers, dort hinaus die Radens, nach der Seite zu die Pinstows und nach jener die Gramons. — Wo sind sie geblieben? — Jetzt wohnt dort Kretz und Metzl! — O, es ist eine erbärmliche, eine faule, eine absterbende Zeit! Alles ist faul! Alles! Alles! Nichts ist mehr gesund!“

Diese letzten Worte waren noch nicht ganz ausgesprochen, als zuerst ein Knistern und dann ein dumpfes Krachen erfolgte. Die Bretter des Fußbodens brachen, und der Ritter von Plümeran schob bis zur Brust in die andere Etage hinab; die Balken hinderten seinen völligen Durchsturz.

Unter den verschiedenen unangenehmen Vagen, in die wir armen Menschenkinder geraten können, steht die, den Boden nicht mit den Füßen erreichen zu können, sicherlich nicht auf der untersten Stufe. Sind wir aber noch gleich-

zeitig im Gebrauche der Hände beschränkt, und können unsere Augen nicht einmal sich vergewissern, wo die Beine geblieben sind, so ist die Sache noch bedeutend fataler. Aber aufgehängt zu sein, eingeschalt in eine Rüstung, ist fast so schlimm, als lebendig in einem Sarge an den Galgen gehängt zu werden, welches Unheil zu Friedrich I. von Preußen Zeiten Scheintöte hätte treffen können, da dieser arztfreundliche Regent einst verordnete, daß solche Personen, die ohne einen Arzt zuzuziehen fürchten, als Leichen im Sarge an den Galgen gehängt werden sollten.

Als der Ritter die Überzeugung gewonnen hatte, daß er sich nicht selbst befreien könne, brüllte er, nicht auf homerische Weise, wie zehntausend Däsen, sondern auf Rabelais' Manier, wie zehnhunderttausend Teufel. — Endlich fiel er in eine Ohnmacht.

### Zweites Kapitel.

Während der Bruder vorgemeidete Höllenqualen erlitt, schmckte die Schwester irdische Freuden. Kaum hatte ersterer sich zur Burg begeben, als Herr von Mierendorf in das Zimmer des Klosterträulens trat.

„Bist Du da, Du herziger, lieber Mensch, nach welchem meine Seele schmachtet!“ sprach die Tante, nachdem sie den Baron umarmt und geküßt hatte, „bist Du endlich wieder da, Du kleiner, verräterischer Schelm? Mein Bruder ist soeben von seiner Reise retourniert, und Du kannst sofort mit ihm reden und unsere Sache in Ordnung bringen.“

Die Nachricht von der Rückkehr des Burgherrn schien den Baron nicht sonderlich zu erbauen. Er öffnete die Türen der anstößenden Zimmer, und erst nachdem er sich vergewissert, daß der Bruder dort nicht sei, fühlte er sich wieder komfortabel.

„Mein Liebchen, mein elken, mein sylphenartiges Liebchen“, sagte er, „heute rede ich wohl noch nicht. Ich mag, was ich tue, gern rasch tun. Ich schieße erst dann, wenn ich den Hasen sicher habe. Zuvor alles geordnet, dann eins, zwei, drei mit Deinem Bruder gesprochen und dann gehochzeitet. — Agathchen, wir werden ganz ungeheuer glücklich werden.“

„Aber was ist denn noch zu ordnen? Mein Vermögen habe ich in Pfandbriefen und meine Aussteuer.“

„Was zu ordnen ist? Du allerholdeste Unschuld! Was zu ordnen ist? Mein süßes Kind, trotz all Deiner Weisheit, gibt es Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen Du Dir nichts träumen lässest. Ist das Heiraten denn nicht eine hochwichtige Sache? Meinst Du nicht auch: Freien ist kein Kinderspiel?“ (Fortsetzung folgt.)

folgende Grundsätze für die generelle Regelung der Arbeitszeit festgelegt:

1. Die Arbeitszeit wird auf höchstens 8 1/2 Stunden täglich festgelegt;
  2. Überstunden sind tunlichst zu vermeiden, und, wo unvermeidbar, besonders zu vergüten;
  3. Die Bureaus sind tunlichst um 7 Uhr abends zu schließen.
- Der energischen Tätigkeit der Organisation bleibt es nunmehr vorbehalten, die Durchführung dieser Grundsätze in den Bureaus zu überwachen. Hauptsächlich folgen die Anwaltsangehörigen anderer Orte bald nach mit der Erlangung der Arbeitszeitverkürzung.

**Zum Bergarbeiterstreik in Hausham.** Die Streikenden lehnen einen erneuten Einigungsversuch ab, der besagt, daß ab 1. April auf eine Lohnaufbesserung nach Recht und Billigkeit eingegangen werden soll, soweit es in der Macht des Generaldirektors liegt. Auf der Zeche fand am Freitag eine Versammlung der Arbeitswilligen statt, an der der christliche Sekretär Hinterseer teilnahm. Sonst ist die Situation unverändert. Zu dem Streik wird uns noch berichtet: Am 12. Dezember trat die Belegschaft der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in Hausham in den Streik, weil die Direktion jedes Entgegenkommen auf die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hatte. Die Arbeiter forderten, daß die Grundlöhne der Hauer nicht unter 5 Mk., die der Schlepper nicht unter 4 Mk. betragen und die Schichtlöhne, die trotz der schon vor drei Jahren erhobenen Forderung auf beiden Gruben (Hausham und Benzberg) noch nicht gleichgestellt sind, um 30 Pfg. pro Schicht erhöht werden sollten. Außerdem sollte die 12stündige Schichtzeit der Anschläger, Fuhrleute und Seilförderer auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Die Einigungsverhandlungen vor dem Berggewerbegericht führten zu keiner Verständigung. Ein Schiedsgericht, der einstimmig von beiden Parteien gewünscht wurde, besagte, daß es gerecht und billig sei, die Löhne möglichst auf die Höhe der Pensberger Grube zu stellen. Diefem Schiedsgericht unterwerfen sich die Arbeiter sofort. Von der Grubenverwaltung aber wurde er nach vierstägiger Frist noch mit einem gewissen Gohn verworfen; es wurde erklärt, daß eine Lohnhöhung

überhaupt nicht bewilligt werden könnte, obwohl vor dem Berggewerbegericht der Beweis erbracht worden war, daß auf den oberbayerischen Gruben die höchste Leistung von ganz Deutschland erzielt wird und dieses von Direktor Müller von der Pensberger Grube auch zugegeben wurde. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten glänzende Geschäfte gemacht. An Dividenden wurden meist 14 Prozent verteilt. Selbst die Krise ist spurlos an der Gesellschaft vorübergegangen, sie hat auch während dieser Zeit die gleich hohen Dividenden verteilen können. Der Kampf ist den Arbeitern also mit großer Rücksichtslosigkeit aufgezungen worden. Deshalb ist die Stellung des Gewerksvereins besonders verurteilungswürdig. Gerade wie beim Streik auf Zeche Lucas bei Dortmund wurde von den Christlichen auch in Hausham der Streikbruch proklamiert. Der „Bergknappe“ versucht in seiner letzten Nummer, dieses Verhalten in sehr gewundener Form zu rechtfertigen. Der Führer der Christlichen, Sekretär Hinterseer, wurde aber zum Generaldirektor Dr. Weithofer zugelassen, die Verhandlungsleiter jedoch abgewiesen. Was zwischen Dr. Weithofer und Hinterseer verhandelt wurde, ist nicht bekannt geworden. Die Arbeiterauschussmitglieder, die als gesetzliche Vertreter der Arbeiter zu verhandeln suchten, wurden von ihm mit leeren Ausreden über schlechten Geschäftsgang usw. abgeseilt. Nicht genug damit, daß sich der Gewerksverein in der Umschreibung des „Bergknappen“ „neutral“ verhält, das heißt, in diesem Fall den Streikbruch proklamiert, fällt der „Bergknappe“ den Streikenden auch durch folgende Larentnachrichten in den Rücken:

„In Hausham ist die Sache sehr kritisch. Einige unserer Mitglieder wurden schon verhauen, Schimpfwörter wie schwarze Lumpen, Hunde usw. sind an der Tagesordnung. Wir bekommen in ganz Hausham kein Lokal mehr, weil sich die Wirte vor dem Terrorismus der Roten fürchten. — Beachtenswert ist, daß vier von den radikalsten Genossen die Kündigung wieder zurückgezogen haben. Es sind in Hausham bei 1400 Arbeitern jetzt schon über 400 sozialdemokratische Arbeitswillige.“

Von der Streikleitung wird uns mitgeteilt: „Sämtliche Behauptungen des Bergknappen sind unwahr; wir konnten die Lügen in einer Frauensammlung schon besprechen. Die Ordnung ist in keiner Weise gestört; kein Christlicher

ist beschimpft oder geschlagen worden, ein Teil derselben streikt sogar mit, andere arbeiten.“ Die Leitung des Gewerksvereins gondelt hin und her. Bei rund 1000 Mitgliedern haben wir 10 Mitglieder als Streikbrecher. Nach genauer Feststellung haben wir im ganzen 190 Streikbrecher, einschließlich Christliche, Invaliden usw. Auch die Frauenbevölkerung zollt der müßerhaften Haltung der Streikenden volle Anerkennung.“ — Damit ist das Geschreibsel im „Bergknappen“ gerichtet. Wie lange noch wollen die Christlichen Bergarbeiter sich am Narrenseil ziehen und derart mit ihren Intereffen Schindluder spielen lassen?

**Achtung, Seelente!** Die Lohnbewegung der seemannischen Arbeiter Dänemarks spitzt sich immer mehr zu. Am 18. Oktober fand eine Zusammenkunft der Arbeitervertreter mit den Reedern statt, die jedoch erfolglos blieb, weil die Unternehmer sich auf den Beschluß der Internationalen Shipping Federation beriefen, der den Mitgliedern dieser Vereinigung die Unterhandlung mit der Organisation verbietet. Fast die gesamte Presse bezeichnet die Forderung der Arbeiter als berechtigt und rechnet den Unternehmern vor, daß ihre Behauptung, sie könnten aus Grillsenrücksichten die 10 Prozent nicht bewilligen, mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Höchstens der Dividendenfall könnte um einen halben Prozent zurückgehen. Die seemannischen Arbeiter sind auf jeden Kampf gerüstet. Um ihn zu verhindern, werden die Bemühungen um einen Ausgleich fortgesetzt. Außerdem gibt das Gesetz vom 12. April 1910 die Handhabe, beide Parteien vor einen Vergleichsmann zu laden. Um die öffentliche Meinung zu täuschen, behaupteten die Reederei, hätten schon stets abgelehnt, mit der Organisation zu verhandeln. Einmal wird dadurch der unverständige Standpunkt der Reederei nicht besser, und zum andern veröffentlicht die Organisation Briefe der Unternehmer, die das Gegenteil beweisen. Zuzug von seemannischen Arbeitern nach Dänemark ist fernzuhalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

# Folkers Möbelmagazin

Lübeck  
Marlesgrube 25 u. 32

## Ausstellung von Weihnachts-Geschenken

reizende Sachen, dauerhaft gearbeitet  
billige Preise, weitgehendste Garantie.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster **Marlesgrube Nr. 25 und 32.**

Bevor Sie Ihren Bedarf in Weihnachts-Geschenken, sowie Hausstands-Möbeln in den Warenhäusern und Schreiegeschäften decken, würde es für Sie von Interesse sein, sich meine Geschäftsräume

**Marlesgrube Nr. 25 und 32**

ohne jeden Kaufzwang anzusehen. — Fordern Sie Katalog, welcher Ihnen frei zugesandt wird.

## Carl Folkers, Lübeck

Weihnachts-Ausstellung  
Marlesgrube 25 u. 32

Marlesgrube 25 u. 32

Fernruf Nr. 734

Lieferung frei Haus auf eigenem

== == Möbelwagen. == ==

Eigene Polsterwerkstatt.

Eigene Tischlerwerkstatt.

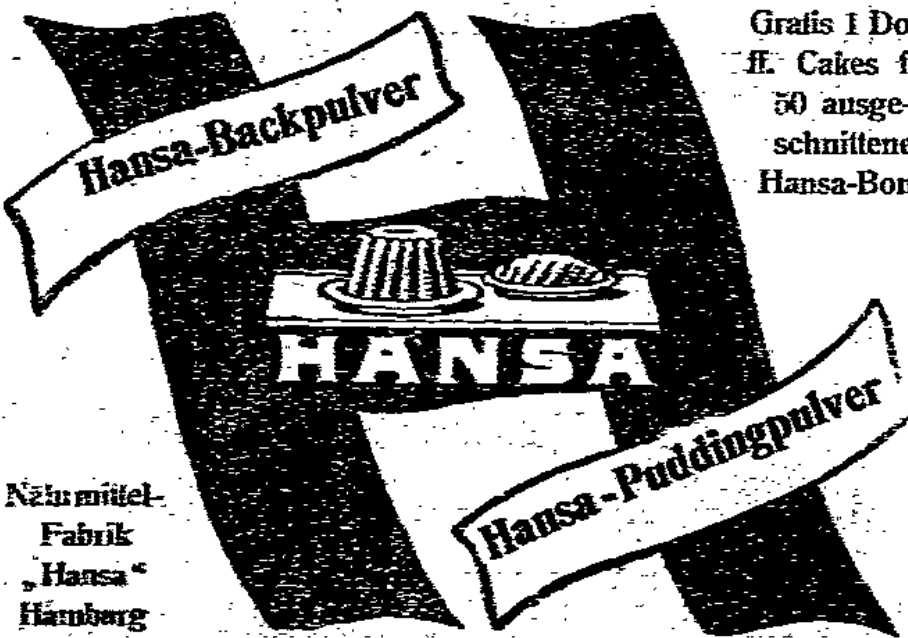
Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.

## Beerdigungsinstitut Gehr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

### Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Erbstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.



Gratis 1 Dose  
ff. Cakes für  
50 ausge-  
schnittene  
Hansa-Bons

Nährmittel-  
Fabrik  
„Hansa“  
Hamburg

## Damen-Frisieren

in und außer dem Hause 40 u. 60 Bfg. M. Prahl, Westhofstr. 8.

1a. Wal- und Haselnüsse,  
Traubrosinen, Feigen,  
Datteln, Krachmandeln,  
**Tannenbaum - Schmuck**  
Baumlächte, Lichthalter,  
Lametta, Eistau,  
Eau de Cologne.

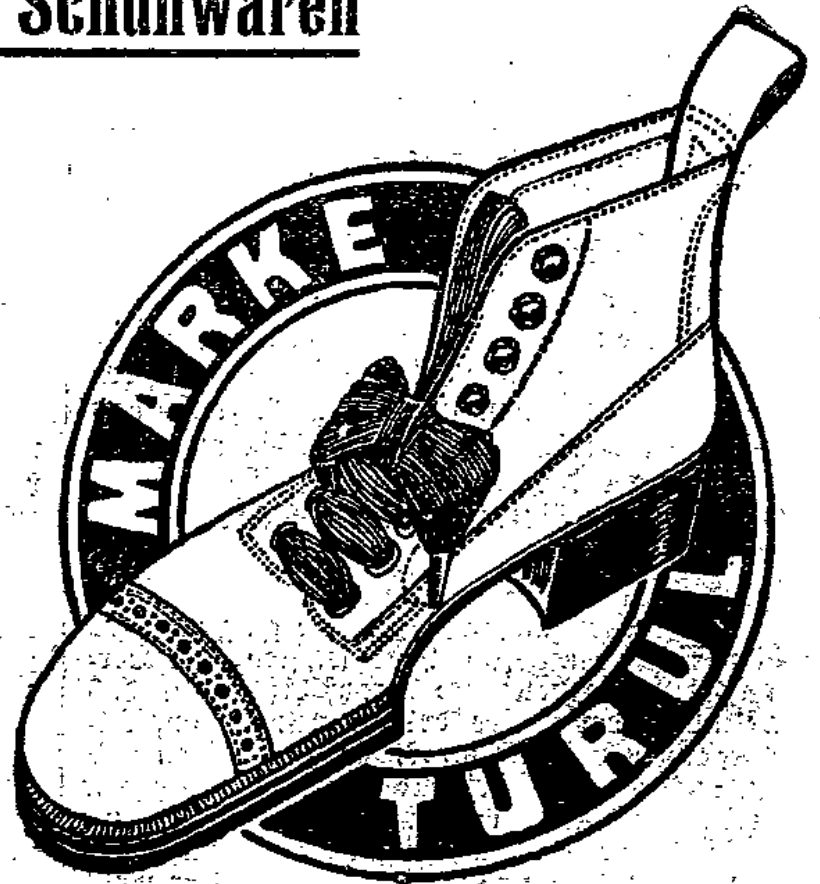
Kartoungen mit Seife und Parfüm  
empfiehlt die Drogerie  
**J. Runge, Moislinger Allee 6a.**

**Zahle die höchsten Preise**  
für Hausstandslampen, Eisen,  
Metalle und Zeitungen. Post-  
karte genügt.  
Fernruf 2490. Westhofstr. 25.

## Die Vorzüge unserer Schuhwaren

sind:

- Tadellose Qualität
- Elegante Passform
- Erprobte Haltbarkeit
- Volle Garantie
- Billige Preise



Jedes Paar Herren- und Damen-Stiefel:

**Spezialmarke** ..... 7 <sup>25</sup>/<sub>M</sub>

Original

**Goodyear Welt** ..... 9 <sup>50</sup>/<sub>M</sub>

TURUL-SCHUHFABRIK:

**Alfred Fränkel** Com.-Ges.

VERKAUFSSTELLE:

**Lübeck, Breitestr. 49.**

Verkaufsstellen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Man abonniert jederzeit auf das  
schönste und billigste  
Familien-Witzblatt



## Meggendorfer-Blätter

München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst  
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und  
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-  
nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,  
Theatinerstraße 47M befindliche, äußerst interessante Aus-  
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter  
zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

## W. Klüssendorf, Cübel, Gültz. 116. Fernruf 1159.

Klempner- und Installations-Reparaturwerkstatt.

### Praktische Weihnachtsgeschenke.

Als einrichten: Reizende Sachen in Goldrücken, Anspiel, Besel, Kristall- und Perlbehängen,  
Original-Herz-Schneidebretter, Goldschere, Bratpfanne, Blechgeschloß, Tannenbaumkranz,  
Bäckergeschloß, Weinstöcker, Speisekränze, Blech- und Lederwaren in großer Auswahl.  
Rote Rabattmarken über 4 % in bar.